

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.  
Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.  
Anzeigen die dreispaltige Pettizelle oder deren Raum 15 A. — Postatalog Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fürstenplatz Nr. 2, erste Etage.

Inhalt: Die soziale Frage im Lichte der Lassalle'schen Lehre. — Humanität und erworbenes Recht. — Wirtschaftlich soziale Menschheit. Der achtstündige Arbeitstag. Sozialdemokratischer Parteitag in Halle. S 152 der Gewerbeordnung und das preussische Vereinsrecht. Zur Gewerkschaftskonferenz in Berlin. Niedriger hängen! — Situationsberichte. — Gerichts-Chronik. — Briefkasten.

## Die soziale Frage im Lichte der Lassalle'schen Lehre. I.

In den Kreisen der herrschenden Gesellschaft, mächtig durch ihren Einfluß auf Regierung, Gesetzgebung und das ganze öffentliche Leben, wird behauptet: es sei eine „unbestreitbare, weil erwiesene Thatsache“, daß der sozialdemokratischen Propaganda die Absicht zu Grunde liege: die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen gewaltsam um zu stürzen, um aus ihren Trümmern „das utopische Gebilde des sozialistischen Zukunftsstaates“ entstehen zu lassen; diese Propaganda habe der gesamten bisherigen Kultur-Entwicklung, dem Staate und der Gesellschaft, dem Eigentum und der Moral offen den Krieg erklärt und sei es daher ein Gebot der Selbsterhaltung für Staat und Gesellschaft, der sozialdemokratischen Bewegung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Es sind das dieselben Behauptungen; mit denen im Jahre 1878 die Reichsregierung ihre Forderung nach dem Ausnahme-gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zu rechtfertigen versuchte.

Unsere Bemühungen, nachzuweisen, daß der gewaltsame Umsturz weder von unseren Prinzipien geboten ist, noch in unserer Absicht liegt, und daß demnach nur der aus Unkenntnis unserer Prinzipien entspringende Irrthum oder die berechnende politische Bosheit und solcher Absicht beschuldigen kann, sind — wenigstens in Volkskreisen — nicht fruchtlos gewesen, wie unsere Erfolge bei den letzten Reichstagswahlen wohl am besten beweisen. In diesem großen geistigen Kampfe sind wir bis jetzt Sieger geblieben über den äußeren Zwang — und werden es auch ferner bleiben.

Wohl ist es gerade dieser Umstand, der unsere Gegner bestimmt, jene Beschuldigung um so nachdrücklicher gegen uns zu erheben. Wir hören sie in jeder Reichstags-Session, wir hören sie in den Versammlungen der sogenannten „Ordnungsparteien“ und lesen sie in ihren Zeitungen, Journalen, Brochüren und „wissenschaftlichen“ Werken; unsere Kinder müssen sie vernehmen in Schule und Kirche; von Katheder und Kanzel wird sie uns entgegengeschleudert. Dabei trägt die Phantasie unserer Gegner wahre Schwedenschlüthen, die allerdings ihren Eindruck auf ängstliche Gemüther und unreife Geister niemals verfehlen. So erklärte ja bekanntlich einmal der ultramontane Führer Görlemeyer-Aff: die Sozialdemokratie könne nur zerstören, aber nicht aufbauen; an dem Tage, wo sie aus der Kritik, ihrer stärksten Seite, herausträte und zur Verwirklichung ihrer Pläne übergehe, würden die Köpfe noch ganz anders rollen, als wie unter Danton, St. Just und Robespierre. Die Katastrophe, welche die Sozialdemokratie herbeiführen könne, werde ein erschreckendes

„Strafgericht Gottes“ für diejenigen sein, deren Gott der Mammon und deren Himmel der Gemüß auf Erden sei.

Wäre die Sozialdemokratie wirklich „von Gott berufen“, solch eine Katastrophe herbeizuführen, dann hätten die Vertreter der kirchlichen Richtung vor ihrem religiösen Standpunkte kein Recht, sie zu bekämpfen, vielmehr die Pflicht, sie als Vollstreckerin der göttlichen Vorsehung gewähren zu lassen. So aber benutzen sie uns für ihre politischen und kirchlichen Zwecke gegen die Regierungen und die ihnen ergebenden Parteien als Popanz; sie stellen uns der Welt als verderbenschwangeres Ungeheum vor und erklären festerlich: dieses Ungeheum wird über die Gesellschaft kommen mit Feuer und Schwert, mit allen Gräueln der Verwüstung, wenn man der katholischen Kirche nicht die Macht einräumt, es zu bannen und unschädlich zu machen; sie allein ist dazu im Stande.

Wie so ganz anders als nach der Schilderung dieser Gesellschaftskritiker liegt die Sache doch in Wirklichkeit! — Was sich unter unseren Augen vollzieht, und immer festere und bestimmtere Form und Gestalt annimmt als „soziale Frage“, das ist nichts Anderes, als ein absolut nothwendiges durchaus unumgängliches Produkt der geschichtlichen Entwicklung, die sich weder an religiöse, noch an politische, soziale und wirtschaftliche Dogmen bindet. Es ist das eiserne Schicksal der Menschheit, das in den sozialen Kämpfen sich vollzieht, — die Revolution.

Ja, die Revolution in ihrem ganzen überwältigenden Ernst, ihrer ganzen unerbittlichen Strenge und unbesiegbaren Macht. Auf ihrem Panier stehen die inhaltsschweren Worte: „Friedliche Entwicklung oder gewaltsamer Umsturz?“ Aber diese Frage gilt nicht in erster Linie uns, den Gevorden der Revolution, sondern Euch, ihr Mitglieder der herrschenden Gesellschaft; ihr habt Antwort darauf zu geben, aber eine Antwort nicht in schönen Worten, sondern durch wahrhaft sozialreformatorische Thaten; ihr seid berufen, zu entscheiden, ob das eiserne Schicksal im Bunde mit dem Frieden, oder im Bunde mit der zerstörenden Gewalt schreiten soll. Schon hat hier und da der anarchische Rache- und Vernichtungstrieb versucht, sich Bahn zu brechen. Das ist in Wahrheit ein Strafgericht für alle diejenigen, die es nicht fassen können in ihrer thörichten Verblendung, daß der Zweck der sozialdemokratischen Bewegung der ist: gemeinschaftliche Einrichtungen bei Zeiten zu beseitigen, Staat und Gesellschaft zu reformiren auf dem Boden wirklicher Ordnung nach den unwandelbaren Geboten des Menschenrechts, damit der Humanität zu Lob und Preis, der Genialität vermieden werde, die Revolution im Frieden sich vollziehe, unter der Herrschaft der Wissenschaft.

Auf dieser hohen sittlichen Idee, — einem heiligen Vermächtniß Ferdinand Lassalle's an den deutschen Arbeiterstand, — beruht unsere ganze Bewegung vom Tage ihrer Entstehung an. Nicht in der rohen Gewalt, sondern einzig und allein in der wissenschaftlichen Erkenntnis-sach Lassalle die Quelle aller unablässig fortschreitenden, aber unausgesetzt und unmerklich sich mehrenden, aller friedlich sich vollziehenden Verbesserung in der Geschichte. Die wissenschaftliche Erkenntnis nur Stagnation, Verjüngung und Barbarei; sie nur bietet in ihrer Heberzeugung langsam gewinnenden Macht eine Garantie für die friedliche Entwicklung. — Wer — rief Lassalle warnend aus — diese

Quelle verstopft, wer ihr in Bezug auf irgend einen Punkt zu fließen verbietet, der hat nicht nur den Quell der Bervollkommnung abgeschnitten — und Nacht und Barbarei heraufbeschworen, — er hat den öffentlichen Frieden eingestrichen und den Staat auf gewaltsamen Umsturz und Ruin gestellt. Die Wissenschaft in ihrer Anwendung auf Staat und Gesellschaft, nur sie ist die Macht, die berufen ist, zu rechter Zeit das allgemeine Leben und die ganze menschliche Ordnung der Dinge zu gestalten.

Deshalb wartete Lassalle auch nicht mit seiner Agitation, bis die Atmosphäre mit Pulverdampf und Barricadenstaub erfüllt war, bis eine Krise eintrat, — nein, gerade in der Zeit der höchsten Ruhe und des vollkommenen Friedens trat er auf mit seinen großen sozial-politischen Problemen; in tiefster Ruhe sollten dieselben diskutiert werden, um die Einführung der Reformen durch Liebe und Weisheit zu ermöglichen; oder aber, trat eine Krise ein, so sollte sie eine durch die öffentliche Diskussion der sozial-politischen Fragen bereits reife und entwickelte Ueberzeugung der Nation vorfinden. Nicht eine Brandfackel wollte er dem Proletariat in die Hand drücken, sondern ihr das Licht der wissenschaftlichen Erkenntnis spenden. Diese Erkenntnis konzentrierte sich insbesondere auf folgende Thatsachen:

Die ganze Geschichte ist nichts Anderes, als eine mit innerer Nothwendigkeit und unter der Larve scheinbar rein äußerlicher und materieller Verhältnisse sich vollbringende stetige Fortentwicklung der Vernunft und der Freiheit, so daß jede vorhergehende Periode nur die nothwendige Andahnung und Vorbereitung der nachfolgenden, jede nachfolgende nur die eigene immanente Fortentwicklung, die konsequente Folge und Vollendung der vorhergehenden ist, alle drei also wiederum untereinander eine höhere Einheit und vernünftige Nothwendigkeit bilden.

Alle geschichtliche Entwicklung ist von einer Gemeinschaft ausgegangen; ohne eine solche hätte gar keine Kultur entstehen können. Die menschliche Solidarität ist ein Faktum, das sich wohl verkennen, aber niemals aufheben läßt. Wenngleich die Gesellschaftseinrichtungen sie nicht anerkennen und ihre Regelung verhindern, so existirt sie dennoch fort, nur daß sie dann als rohe Naturmacht erscheint, die mit dem auf sich selbst angewiesenen Einzelnen Ball spielt. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge scheitern dann dem Einen Reichthum zu, stürzen den Anderen in Armut und treiben mit dem Fleiß und der Arbeit des Einzelnen ihr Spiel.

Die gesammte alte Welt und das ganze Mittelalter suchten die Solidarität oder Gemein-samkeit in Gebundenheit oder Unterwerfung. Die französische Revolution von 1789 und die von ihr beherrschte Geschichtsperiode suchten die Freiheit in der Auflösung aller Solidarität und Gemein-samkeit, obgleich Freiheit ohne Gemein-samkeit Willkür ist. Die neue Zeit endlich, die nach Lassalle's Ansicht von 1849 datirt, sucht die Solidarität in der Freiheit, in der fortschreitenden Befreiung des Lebens, der Armut; der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art. Diese fortschreitende Befreiung der Machtlosigkeit, — das ist die von der Geschichte dargestellte Entwicklung der Freiheit.

Die verschiedenen Entwicklungsstufen, welche die Menschheit durchlaufen hat, die Herrschaft des Prinzipps der Sklaverei im Alterthum, des Feudalismus im Mittelalter und des Kapitalismus in der Gegenwart, haben die

selbe Naturnothwendigkeit für sich, wie die physischen Entwicklungsprozesse der Erde. Die Herrschaft des Kapitalismus, welche schwere Schädigungen für den Einzelnen und die Gesamtheit sie auch immer im Gefolge haben möge, muß trotzdem als ein gewaltiger sittlicher und kultureller Fortschritt betrachtet werden, als die unerläßliche weltgeschichtliche Vorbedingung und Durchgangsstufe zu höheren Formen der Kultur, zur Solidarität in der Freiheit. Demnach sind auch keineswegs die Mitglieder der herrschenden Klassen als Personen verantwortlich für die bestehenden Zustände, sie sind nur die unbewußten, willenlosen und darum unverantwortlichen Produkte, nicht aber die Produzenten der Weltlage, die sich aus ganz anderen Gesetzen, als aus dem subjektiven Willen entwickelt hat. Sogar ihr Widerstand, die Herrschaft aufzugeben, ist auf das Gesetz der menschlichen Natur zurückzuführen, in der es liegt, bei dem Gegebenen oder geschichtlich Gewordenen zu verharren und dies für das Nothwendige und Unabänderliche zu erachten. Vom geschichtlichen und vernunftrechtlichen Standpunkte allerdings ist das zähe Festhalten am geschichtlich Gewordenen eine durch nichts zu entschuldigende Unklugheit, denn dieses Gewordene ist noch nicht die höchste Stufe der geschichtlichen Entwicklung, noch nicht die letzte Blüthe der Hervollkommenheit; hinter ihm steht eine noch höhere Manifestation des Menschlichen; das Gewordene, bezw. Bestehende ist für diese Manifestation, wie gesagt, die unerläßliche weltgeschichtliche Vorbedingung und Durchgangsstufe.

Die zu erwartende höhere Manifestation des Menschlichen besteht darin, daß ein ganz neues Prinzip, das hohe und sittliche Prinzip der Arbeit an die Stelle überlebter, ihre geschichtlichen Aufgaben erfüllt habender Zustände gesetzt wird. So lange das Prinzip des bestehenden Zustandes beibehalten werden muß, ist nothwendig, es zu mildern oder konsequentere und gerechtere Folgerungen zu entwickeln, um so leichter und friedlicher wird sich der Uebergang zu der Herrschaft des neuen Prinzips vollziehen. Diese Entwicklung des Bestehenden zu milderen, konsequenteren und gerechteren Folgerungen, das und nichts Anderes ist Reform, während die Ablösung durch das neue Prinzip die Revolution offenbart, die Umwälzung, deren Bedingung durchaus nicht die Gewalt ist. Revolutionen, totale Umwälzungen der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, können, wie die Entwicklung der Industrie zeigt, in der friedlichsten Weise sich vollziehen, während andererseits blutige Reformen durch Injuriektion und Blutvergießen sich durchziehen; so waren die furchtbaren Bauernkriege der Versuch, eine Reform, eine Mildernung und gerechtere Ausprägung des bestehenden Zustandes zu erzwingen.

Das Prinzip der Arbeit, die sittliche Idee der arbeitenden Klassen, kann keine abschließende Bedingung weder rechtlicher noch that-sächlicher Art, weder Adel noch Grundbesitz, noch Kapitalbesitz mehr aufstellen für ein neues Privilegium, eine neue Standes- oder Klassenherrschaft! Unter Voraussetzung der durchaus zutreffenden Annahme, daß alle Menschen, ohne Unterschied, insofern sie nur eben den Willen haben, sich der Gesellschaft in irgend einer Weise nützlich zu machen, Arbeiter sind, ist der Arbeiterstand als gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht zu erachten; seine Sache ist in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft Aller.

Wer nun diese Idee als das mit entwicklungs-gesetzlicher Nothwendigkeit sich Bahn brechende neue Gesellschaftsprinzip annimmt in dem Sinne, wie das Falle es entwickelt hat, der stößt nicht einen die Gesellschaftsklassen spaltenden und trennenden Schrei aus, sondern einen Schrei der Versöhnung, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den Alle einstimmen sollten, welche Bevorrechtigung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, für

immer der wahre Schrei des Volkes bleiben wird."

Der sittliche Inhalt dieses neuen Gesellschaftsprinzips deckt sich vollständig mit dem geschichtlichen Vervollkommungszwange, dem die Menschheit unterworfen ist. Dieser Zwang bringt die Freiheit und Gleichheit in Staat und Gesellschaft zu steigender praktischer Geltung, er drängt die Privilegienherrschaft immer mehr und mehr zurück und zwingt Staat und Gesellschaft, um ihrer Selbsterhaltung willen allen ihren Gliedern sowohl eine dem wachsenden Bildungsstreben entsprechende erhöhte Theilnahme an dem überlieferten Gemeinbesitz geistiger Güter zu garantiren, als auch sich mit Herstellung und Sicherung der möglichst besten Existenzbedingungen für Alle, mit einem Vernunft und Recht entsprechenden Ausgleich der Mißverhältnisse im Besitz und Genuß der materiellen Güter zu befassen, sowie alle sozialen Berufsstellungen gemeinrechtlich gleich, d. h. nach Maßgabe wirklicher Tüchtigkeit und wirklichen Verdienstes für Jeden zugänglich zu machen.

**Humanität und erworbenes Recht.**

II.

Unser wahres Leben ist die Bethätigung des Geistes, die Freiheit der Vernunft; in dieser Freiheit begreift sich das unversäuerliche Recht des Denkens sowie der Gedankenmittheilung, des Ideenaustausches, — ein Recht, welches — möchte ich sagen — einen integrierenden Theil des Rechtes zum Leben ausmacht; wenigstens kann das Eine ohne das Andere garnicht gedacht werden.

Der Erkenntniß dieser Wahrheit begegnen wir schon im grauesten Alterthum und bei jedem Kulturvolke.

So lesen wir in den Beda-Urkunden, diesen mindestens 2000 Jahre vor unserer Zeitrechnung entstandenen Denkmalen altindischer Weisheit: „Aus dem Geiste ward Alles, in ihm besteht Alles und in seine Wesenheit kehrt Alles zurück. Der Geist ist das Höchste; er ist das Sein und das Wissen aller Dinge; er ist unendlich und dieser unendliche Geist ist auch deines Daseins Seele. — Es richte der Mensch seinen Sinn und seine Verehrung auf den Geist, als auf seine Welt, dann geht sein Werk nicht zu Grunde; was er immer nur durch diesen Geist wünschen mag, das wird ihm werden.“

„Lasse“, sagt Kong-fu-tse — die Vernunft dein Betragen bestimmen; sie wird dich lehren, weise zu denken und klug zu sprechen. Strebe nach Weisheit ohne Ermüdung, lasse den Muth nicht sinken in der Aufklärung des Volkes.“ — Und ein anderer chinesischer Weiser, Mong-tse, erklärt: „Wahrheit suchen ist des Menschen Aufgabe; dazu hat er die Vernunft; wenn er aber der Erziehung entbehrt, sinkt er herab zum Thiere.“

In der Zehn-Weisheit, dem heiligen Buche der Perser, heißt es: „Mache deine Zunge zum Weg des Verstandes, alles Nüchtnliche vereinigt sich mit dem wahren Denken und Sprechen.“

Und der griechische Weise Solon giebt die Lehre: „Mache die Vernunft zu deiner Führerin und streb' nach Vortrefflichkeit.“

Der Römer Seneca feiert die Vernunft als das Beste am Menschen. „Die Vernunft“, sagt er, „ist die Richterin über das Gute und Böse; sie will, daß die Tugenden die Beherrscherinnen aller Dinge seien, denn alle Tugenden sind Aeußerungen der Vernunft. Was die reine Vernunft empfiehlt, ist gediegen und ewig, kräftigt den Geist und hebt ihn auf die Höhe, die er nie mehr verlassen wird.“

Die große Wahrheit, die aus diesen Stimmen des grauen Alterthums, wie aus Ruinen einer untergegangenen Welt zu uns spricht, finden wir wieder in des Philosophen Descartes berühmten Worten: „Cogito ergo sum“ — ich denke, also bin ich. Das einzig wahre Sein ist das denkende Sein; das denkende Sein ist mein Wesen. Aber erst dann wird der natürliche Zweck des Denkens erfüllt, wenn ich dasselbe frei übe und offenbare, und so mitwirke an den Ideenverbindungen, an dem großen System geistiger Kräfte, auf welchem das Reich der Menschengeneration ruht, — wenn ich also Gebrauch mache vom Rechte der Gedankenmittheilung, des Ideenaustausches, besonders in Rücksicht auf die von der praktischen Erfahrung, von den lebendigen Thatsachen im gesellschaftlichen Leben gegebenen Lehren.

„Insofern die Menschen“, sagt der Philosoph Spinoza in seinen Behauptungen von der menschlichen Anechtlichkeit — „nach der Leitung der Vernunft leben, nur insofern stimmen sie von Natur stets nothwendig überein. Insofern aber ein Ding mit unserer Natur übereinstimmt, insofern ist es nothwendig gut. Wer nach der Leitung der Vernunft lebt, strebt, so viel er kann, den Haß, den Zorn, die Verachtung eines Anderen gegen ihn durch Liebe oder Edelmut zu vergetten. Die Macht der Vernunft ist der Weg zur Freiheit des Geistes und zur Glückseligkeit.“

Nur unter der sich stetig läuternden und zu immer größerer Vollkommenheit herausbildenden Herrschaft des denkenden Seins konnten gewisse gemeinschaftliche Anschauungen über die Nützlichkeitsur des Handelns — nur so konnte ein für die Beurtheilung aller Zeiten und Völker gültiges, wenn auch vielfach im Bewußtsein getrübt, mißleitetes oder schümmernbes absolutes Sittengesetz entstehen; — nur so vollzieht sich der stete Wandel in den gemeinschaftlichen Anschauungen, die Aeußerung derselben, sowie ihr Wachstum und ihre Ausdehnung einerseits, und ihre vernunftrechtliche Umfängerung andererseits.

In diesem Prozeß offenbart sich uns die entwicklungs-gesetzliche Bedingung, unter welcher allein die menschliche Gesellschaft das werden konnte, was sie ist — und das werden wird, was sie werden muß.

Das ist so klar, so einfach, daß wahrlich kein aufsergewöhnlicher Scharfsinn dazu gehört, es zu begreifen! Es ist so durchaus selbstverständlich, weil untrennbar von der Menschennatur, das Recht des freien Denkens, der freien Aeußerung der Gedanken und der Selbstbestimmung in allen individuellen sowie in allen allgemeinen religiösen, sozialen und politischen Angelegenheiten, auszuüben in Rücksicht auf die größtmögliche sittliche Vollkommenheit, die größtmögliche menschliche Freiheit und die größtmögliche menschliche Glückseligkeit. Daß dieses Recht nicht angetastet, sondern als heilig und unverleßlich geachtet werde, ist das erste und vornehmste Gebot der Humanität. Jede Verletzung, die es zu erleiden hat, widerstreitet der Menschennatur und dem Zwecke der Vergesellschaftung, der die menschliche Solidarität und in dieser die Wohlfahrt des Einzelnen wie der Gesamtheit zur Voraussetzung hat.

Und doch ist von Anbeginn der Geschichte an gegen kein anderes natürliches Recht mehr und schwerer gekündigt worden, als gegen dieses und demnach auch gegen die Humanität.

Die Erklärung dafür finden wir in der Geschichte des erworbenen, des positiven Rechts. Darunter verstehen wir die gesammelten und in eine bestimmte Ordnung gebrachten Sagenungen oder Ausflüsse der Macht, welche, je nach dem Gegenstande, worauf sie sich bezogen, die Bezeichnung: Bürgerliches Recht, Staatsrecht, Kirchenrecht, Völkerecht zc. bekamen.

Die Macht, und nichts Anderes ist — wie Professor Rudolf v. Jhering, ein Jurist von eminenter Genialität, in seinem Werke „Der Zweck im Recht“, so scharf betont — die Mutter, die Quelle des positiven Rechts. Die Macht aber entpringt dem sozialen Daseins- und Interessenkampfe; sie ist das Resultat des Sieges des Stärkeren über den Schwächeren.

Der Sieger diktiert den Besiegten und fortan von ihm zu Beherrschenden zur Nachachtung gewisse Vorschriften, die seinem Vortheile entsprechen, als „Recht“, unbekümmert darum, daß dieses Privilegium seiner Macht niemals die Natur des Rechtes besitzen kann, sondern im Gegentheil ein Unrecht voraussetzt. Das Recht ist — definiert Jhering — nur die ihres eigenen Vortheils und damit der Nothwendigkeit des Maches, d. h. einer gewissen Selbstbeschränkung im eigenen Interesse, sich benutzt gewordene Gewalt. Das Recht ist demnach nicht etwas seinem Wesen nach von der Gewalt Verschiedenes, sondern nur eine Erscheinungsform der Gewalt, d. h. die rechte und richtige, weil an bestimmte Regeln bindende, also die disziplinierte Gewalt, im Gegensatz zu der wilden, rohen, nur durch die Leidenschaft und den augenblicklichen Vortheil bestimmten, also der regellosen Gewalt. Nicht also das Recht herrscht an Stelle der Macht, sondern die Macht selber herrscht stets und überall; sie nimmt den Thron ein, sie hat das Schwert in Händen und das Recht dient ihr nur

wie der Kompaß dem Steuermann. „Glaube und Aberglaube, Rohheit und Kultur, Nachsucht und Liebe, Grausamkeit und Menschlichkeit, und was soll ich sonst noch nennen, Alles hat dem Recht seinen Stempel aufgedrückt; welche Macht gerade den Griffel in der Hand hatte, hat mit ihm ihre Gesetze in die Tafeln des Rechtes eingegraben. Ein trostloses Resultat!“

Mit dem Akte der Deklaration des Rechtes der Macht beginnt die Macht des bevormundenden Geistes.

Eine geraume Zeit hindurch, die wir nach der Geschichte-Theorie Colins und de Potters\*) bezeichnen können als die Epoche der sozialen Unwissenheit, sehen wir den Nachthaber, bzw. Gesetzgeber von der ganz zutreffenden Erwägung ausgehen, daß die Masse der Unterdrückten ihm nicht lange gehorchen würde, wenn er Rechtsnormen, Gesetze, in seinem eigenen Namen, lediglich unter Beruf auf die nackte Gewalt vorschreiben würde. Er nahm die Unwissenheit und das religiöse Gefühl zu Hilfe: er spekulirte auf die blinde Annahme einer bloßen Hypothese von der Existenz einer erschaffenden, regierenden, belohnenden und bestrafenden Gottheit, und erklärte:

„daß es diesem allmächtigen Wesen gefallen habe, eine Nichtsahnung für alle menschlichen Handlungen zu offenbaren, und ihn, den Gesetzgeber, zum unsehbareren Verkünder und Schützer dieser Nichtsahnung zu ernennen, ferner, daß die Gottheit dem Menschen eine unsterbliche Seele gegeben habe zu dem Zwecke, ihn, je nachdem seine Handlungen der geoffenbarten Nichtsahnung entsprechen oder nicht, im zukünftigen Leben zu belohnen oder zu bestrafen.“

Mit der einfachen Verkündung dieser Sätze aber war dem Interesse des Gesetzgebers noch bei Weitem nicht genügend Rechnung getragen, er mußte sich auch eine Gewähr für deren dauernde Gültigkeit schaffen, Zweifel an ihrer Nothwendigkeit und Rechtlichkeit und aus dem Zweifel sich ergebende Opposition gegen sie möglichst zu verhindern. Und das erreichte er dadurch, daß er ihre Prüfung verhinderte. So lange ihm das gelang, so lange Geistesknechtung und Unwissenheit andauerte, bestand die Ordnung durch den Glauben, bzw. den Aberglauben und den Despotismus, — eine Ordnung, worin von Humanität nicht eine Spur zu entdecken ist.

Der Mittel, diesen Zweck zu erreichen, giebt es dreierlei; dieselben beziehen sich:

- 1. auf die materiellen Güter; 2. auf die geistigen Güter oder die Entwicklung der Intelligenz; 3. auf den Verkehr zwischen den Staaten oder die Abschließung der Völker voneinander.

Zu ersteren Mitteln gehören: die Verslavung der Volksmassen; das zum Gesetz erhobene Recht der Macht, über Fähigkeiten und Leben der Menschen nach Willkür verfügen zu können; die Beschneidung des Bodens an der Despotie ergebene Einzelpersonen und seine Uebertragung durch Erbschaft, welcher Akt die Wirkung hatte, alle Last auf die Arbeit abzuwälzen.

Die zweiten despotischen Mittel sind: das in die Hände einer herrschenden Klasse gelegte Monopol des Wissens und seiner Entwicklung, welches die fortwährende Unwissenheit der Massen zur Folge hat; die Glaubensinquisition mit ihrem Unterrichts- und Erziehungssystem.

Unter der dritten Kategorie des Despotismus finden wir: die Entfaltung der Leidenschaften des religiösen und patriotischen Fanatismus zur gegenseitigen Verfeindung der Völker sowie der verschiedenen Theile eines Volkes zum Vortheil der Despotie nach dem Grundsatz: „Divide et impera“ (theile und herrsche).

Wo diese Mittel nicht ausreichten, die angeblich „göttliche Ordnung“ gegen den Zweifel und gegen direkte Angriffe der besseren Erkenntnis zu schützen, da appellirte der bevormundende Geist stets unbedenklich an die Gewalt in ihrer ursprünglichsten Rohheit und Nacktheit, da gebrauchte er sein angeblich „göttliches Straf-

recht“, warf er sich auf als Rächer der angeblich beleidigten Gottheit. „Von Rechtswegen“ und „zu größerer Ehre Gottes“ überließerte er seine Widersacher dem Tode oder verhängte Verfolgung, Kerkerhaft und Schmach, Armuth und Noth über sie. Wäre es, dem ewigen Naturgesetz zum Trost, überhaupt möglich, den Geist der Humanität im Blute ihrer Märtyrer zu erlösen, — längst wäre das geschieden, denn des Bluts unendlich viel ist für sie geflossen, Millionen buldeten für sie den Tod.

**Wirtschaftlich-soziale Rundschau.**

**\* Zu Berlin** fand eine Versammlung von den auf Grund des § 41 des Unfallversicherungs-Gesetzes gewählten Arbeitervertretern und Beisitzern der Schiedsgerichte statt. Erschienen waren außerdem noch einige der neu gewählten Vertreter zu den Ausschüssen des Altersvorsorgungs- und Invaliditätsgesetzes. Herr Buchholz, nichtständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamts, erstattete zunächst Bericht über die Beschlußfassung des Reichs-Versicherungsamts zu den Fragen betreffs Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes. Diese Fragen haben bereits den Berufsgenossenschaften vorgelegen, und haben auch die Arbeitervertreter Berlins und Umgegend in der Versammlung vom 3. September hierzu Stellung genommen. — Aus dem Bericht des Herrn Buchholz geht hervor, daß das Reichs-Versicherungsamt in einigen Fragen den Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion wie den Wünschen der Arbeitervertreter zugestimmt, daß aber in anderen Fragen die Majorität nicht dafür zu haben war, so ist z. B. die Frage: Ob künftig auch der Unfall, welcher sich auf dem Wege zur und von der Arbeit ereignet, als Betriebsunfall anzusehen ist, vom Reichs-Versicherungsamt verneint worden, wohingegen die Arbeitervertreter denselben bringend bejaht hätten. Eine andere Frage: Ob auch, wenn das Selbstverletzte vor der vierzehnten Woche abgeschlossen ist, eine Entschädigung für theilweise Erwerbsunfähigkeit gewährt werden soll, ist zwar im Prinzip bejaht, doch sollen nach dem Reichs-Versicherungsamt die Krankentafeln diese Lasten tragen. Man war in der Versammlung allgemein der Ansicht, daß, sollten diese Beschlässe als Gesetzesvorlage erscheinen, ein allgemeiner Protest gegen dieselben eingeleitet werden müsse. Alsdann verliest Herr Buchholz den Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1889. Es wurde aber von der ganzen Versammlung Abstand genommen, da derselbe 16 Druckseiten groß, fast unlesbar, und der Wunsch ausgesprochen wird, daß es eine Aufgabe der zu gründenden Vereinigung sein müsse, dieses Material allen Vertretern sowie allen Arbeitervereinigungen zuzustellen, da es für den Einzelnen zu theuer sei. Es entspann sich dann noch eine Debatte darüber, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, eine Vereinigung der Arbeitervertreter zu gründen, um alle die Mängel, welche sich bisher gezeigt haben, gemeinsam bekämpfen und abhelfen zu können. Es wurde vielfach konstatiert, daß das Verfahren der einzelnen Berufsgenossenschaften gegenüber den Berufsgenossen ein hartnäckiges, wenn nicht noch schlimmeres sei. Es wurde schließlich eine Kommission von fünf Personen gewählt, welche die Sachen vorzubereiten soll, wird nicht gebildet. Kein Staatsanwalt fragt nach den Berufserklärungen, den schwarzen Listen und anderen Rechtungsmitteln, mittels welcher die Kapitalisten „Läster“, will sagen kassenbewußte Arbeiter brotlos machen und ins Elend stoßen. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht folgendes aus Sußl in Thüringen ihr zugekauftes Urinabwies-Formular:

**Gewehr-Fabrik**  
J. B. Sauer u. Sohn  
Verkaufshalle in Berlin, Französische Straße 40/41.  
Sußl, . . . . . 189  
in Thüringen.  
Nachstehender Arbeiter wurde heute wegen  
aus unserer Fabrik entlassen und bitten wir ganz ergebenst, demselben eine Beschäftigung nicht zu gewähren.

Man hat es hier offenbar mit einer geheime Verbindung zu thun, welche den Zweck hat, jedem mißliebigen Arbeiter das Fortkommen zu erschweren. Auf diese Weise umgeht das Unternehmertum den § 113 der Gewerbeordnung, welcher besagt, daß dem Arbeiter nur auf „Verlangen“ seine Fährung bezeugt werden soll. Diese geheime Verbindung stellt dem Arbeiter das harmlose Zeugnis aus, während der Urinabwies ihm voraus-elt. Diese Begleiterscheinungen unseres sozialen Kampfes sind für uns ein untrüglicher Beweis von dem tiefen sittlichen Niveau, auf dem unsere Bourgeoisie bereits angelangt. Wir haben es wirklich herrlich weit gebracht. Es lebe die Freiheit des Erwerbs!

**\* In Frankreich** haben gleichzeitig die Kongresse zweier französischer Arbeiterparteien statt. Der Kongreß der Possibilisten in Chateauroux hat zu einer entscheidenden Spaltung der Partei geführt, indem ein Theil der Delegirten den Kongreß unter Protest gegen die Gültigkeit der Mandate der Majorität verließ. In der öffentlichen Sitzung stellten verschiedene Redner die Forderung des Achtstundentages auf. Gleichzeitig hielten die Dissidenten des Kongresses eine Versammlung in Paris ab, um über die Erfüllung ihres Mandates Rechenschaft abzulegen. Die Versammlung ertheilte ihnen ein Vertrauensvotum.

**In Bille** tagte der Kongreß der Marxisten oder Kollektivisten, der mit einer großen öffentlichen Versammlung schloß, an der zweihundert Personen Theilnahmen. Den Vorschlag führte Adelina Marx. Der Delegirte Ferron nahm die Verpflichtung auf sich, folgende Forderungen des Kongresses vor die Deputirtenkammer

zu bringen: Aufhebung des Rechtes der Unternehmer, die Fabrikordnung von sich aus zu bestimmen, Gleichheit des Lohnes für alle Arbeiter, Verbot der Auswechslung fremder Arbeiter. Alsdann wurde der 1. Mat zum Arbeiterfeiertag proklamirt. Der Sozialist Guesde erklärte, der Sozialismus werde durch einen allgemeinen europäischen Ausstand den Sieg erringen.

**Der Verband des deutschen Schlossergewerkes** hat sich vor Kriegsminister an das Kriegsministerium mit der Bitte gewandt, den Militär-Büchsenmachern die Ausübung des Schlosserhandwerkes unterzagen zu wollen, da das bürgerliche Handwerk darunter leide. Die Petition ist abschlägig beschieden worden, weil das Kriegsministerium, nach Lage der bestehenden Gesetze, den Militär-Büchsenmachern die Ausübung eines bürgerlichen Gewerbebetriebes nicht verbieten könne. Ein solcher Gewerbebetrieb sei nur abhängig von der Erfüllung bestimmter Vorbedingungen. Die in der Petition angeführten Büchsenmacher Busley und Hoffmann, welche einen bürgerlichen Gewerbebetrieb ausüben, haben den betreffenden Bedingungen genügt. Die Annahme, daß die Militär-Büchsenmacher die ihnen dienlich gehaltenen Arbeitsvorrichtungen und Geräte, sowie die Büchsenmacher-Gewehre, letztere während der Dienststunden und unentgeltlich, in ihrem bürgerlichen Gewerbebetrieb verwenden, treffe nicht zu.

**Der achtstündige Arbeitstag.**

Das kürzlich vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Nordamerika angenommene Achtstundengesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Acht Stunden bilden ein Tageswerk für alle Tagelöhner, Arbeiter und Handwerker, die nun oder später für die Regierung der Vereinigten Staaten oder den Distrikt Kolumbia beschäftigt sind. Eine Ausnahme findet nur statt unter außergewöhnlichen Dringlichkeitsfällen, die in Kriegszeiten eintreten mögen, oder wo es zum Schutz von Eigentum oder Menschenleben nöthig sein mag, länger als 8 Stunden zu arbeiten. In solchen Fällen ist jedoch die Ueberzeitarbeit auf der Basis des Achtstundenlohnes zu bezahlen. Und beagten Achtstunden- Arbeitern der Regierung und des Distrikts Kolumbia darf kein geringerer Tagelohn als der ortsübliche gezahlt werden. Tagelöhner, Arbeiter und Handwerker, die von Kontraktoren oder Subkontraktoren angestellt sind, zur Ausführung eines Kontraktes derselben mit den Vereinigten Staaten oder mit dem Distrikt Kolumbia, gelten als Angestellte der Vereinigten Staatenregierung. Diejenigen Beamten der Vereinigten Staaten, welche für die Regierung Zahlung zu leisten haben an gedachte Kontraktoren oder Subkontraktoren, müssen sich, ehe sie auszahlen, dessen vergewissern, daß die Kontraktoren und Subkontraktoren ihre diesbezüglichen Arbeiter entlohnt haben, aber die Regierung soll für jene Arbeiterlöhne nicht haftbar sein.

§ 2. Alle Kontrakte, die fortan von der oder für die Regierung der Vereinigten Staaten (oder von dem oder für den Distrikt Kolumbia) mit einer Korporation, oder Person oder Personen, für die Bestimmung irgend welcher Arbeit abgeschlossen werden, sollen auf der Basis der Achtstunden-Arbeit beruhen, und es soll ungesetzlich sein, wenn belagte Kontrahenten von ihren Arbeitern mehr als achtstündige Arbeit verlangen oder gestatten (es sei denn in den durch § 1 erwähnten Nothfällen).

§ 3. Wöchentliche Verletzung dieser Bestimmung wird mit 50 bis 1000 Dollars oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten oder mit beidem bestraft.

Dieser Beschluß des amerikanischen Parlaments wird für die Arbeiter in allen Kulturstaaten ein Sporn sein, mit immer größerer Entschiedenheit auf die internationale Durchföhrung des Achtstundentages zu dringen.

In England macht die Bewegung für diese Reform immer größere Fortschritte; es ist ja überhaupt das Land, wo die Frage der Arbeitszeitverföhrung zuerst sich Geltung verschaffte, wie dies B r e n t a n o im zweiten Bande seines Werkes „Arbeitergilden der Gegenwart“ (S. 89 folg.) so trefflich schildert.

Nachdem er ausgeführt hat, daß die den Arbeitstag betreffenden Forderungen nicht auf eine Bohrerhöhung hinielen, daß der „Hauptgesichtspunkt, aus dem die Arbeiter die Minderung ihrer Arbeitsstunden begehren, vielmehr Schutz gegen physische Auspeilung und Ermöglichung einer menschenwürdigen Bildung“ ist, giebt er einen kurzen geschichtlichen Ueberblick. Seit der Entstehung der Rünste bis zur Entwicklung der Großindustrie betrug der Normalarbeitstag zwölf Stunden in England. Sonnabends wurde bis zum 16. Jahrhundert nur bis 12 Uhr Mittags gearbeitet, Ueberzeitarbeit und Arbeit an Sonntagen und Festtagen war streng verboten. Man verdankt es den Anstrengungen der englischen Juristen, daß diese Gesetze keine Anwendung finden durften auf die Gewerbe, die nach dem Befreiungsgesetz der Elisabeth (1562) entstanden. Die Industriellen verstanden es nur allzugut, sich diese Auslegung zu Nütze zu machen. Dementsprechend führt das Urtheil John Fieldens an, der selbst ein großer Fabrikant, über die Entwicklung des Fabrikwesens (S. 100):

Wie die Verbesserungen im Maschinenwesen fortschritten, hat die Vier der Fabrikanten viele unter ihnen bemogen, von ihren Arbeitern mehr Arbeit zu erzwingen, als sie ihrer Natur nach geeignet waren zu leisten; diejenigen Fabrikanten aber, welche wünschten, daß die Arbeitszeit für Personen jeglichen Alters geringer sei, als die Gesetzgebung selbst jetzt (1836) noch zugeben will, hatten keine Wahl, als sich mehr oder weniger der herrschenden Praxis anzuschließen oder das Gewerbe gänzlich zu verlassen.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts ist nun den so erregten Mißverhältnissen auf doppelte Weise begegnet worden. Einmal unternahm man es von Staatswegen, die Arbeitszeit der minderjährigen Personen und der Frauen zu regeln, andererseits traten die Arbeiter, aus deren Massen sich die Gewerbevereine in harten Kämpfen zu kräftigen Organisationen herausarbeiteten, mit ent-

\*) Colin (gestorben 12. November 1859) und de Potters (gestorben 22. Juli 1859) zwei französische Gelehrte, Begründer des sogenannten „nationalen Sozialismus“. Ueber letzteren sagt E. v. Girardin: „Seine Worte, Denkweise der Wissenschaft, bergen unerschöpfliche Minen der vorzüglichsten Bitten in sich. — Gewiß giebt es kaum eine Bekröpfung, welche dem Geiste des Vaters eine tiefere und fruchtbringendere Arbeit bietet.“

schiedenen Forderungen auf. 1862 schreibt ein von Brentano zitiertes Autor, Garrison:

Der Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit ist stärker als alle Wünsche nach höherem Lohne; er scheint jetzt die Stelle aller übrigen allgemeinen Forderungen, sowohl der politischen wie der sozialen, einnehmen zu wollen. Diese Forderung ist beinahe zur Leidenschaft der ganzen Arbeiterklasse geworden.

Durch dieses Mittel allein scheinen die Arbeiter zu denken, daß ihre Lage dauernd verbessert, ihre soziale Bedeutung anerkannt, ihre Mittel zu ihrer moralischen und geistigen Bildung gebraucht werden können.

Der neunständige Arbeitstag wurde in einer Reihe der wichtigsten Gewerbe erlangt, so von den Maschinenbauern, den Tischlern und Schreibern. Wollen wir aber wissen, fährt Brentano fort, bei welcher Beschränkung die Agitation befruchtet sein werde, so deuten die Ansprüche der Organe der Arbeiter auf den achtstündigen Arbeitstag. Diese Grenze wurde schon von den Londoner Ärzten im Jahre 1833 vor dem Unterhause als die wünschenswerteste bezeichnet.

Höchst interessant sind die Ausführungen Brentano's über die Frage nach dem Einfluß der auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen in einer Anmerkung zu diesem Abschnitt. Dort heißt es:

Bei meinem Aufenthalt in London im Februar 1872 stellte ich auf diesen Punkt bezügliche Fragen an die Sekretäre der bedeutendsten Gewerkschaften und erhielt dieselbe Antwort, die ich schon früher erhalten hatte, daß unter den jetzigen Produktionsverhältnissen der achtstündige Arbeitstag das Ziel sei, das die Arbeiter hinsichtlich der Kürzung der Arbeitszeit erstreben.

Indessen ist meine Angabe, daß die englischen Arbeiter unter den jetzigen Verhältnissen mit der Verkürzung des Arbeitstages auf acht Stunden sich begnügen, nur richtig mit der in ihr selbst liegenden Beschränkung. Sollten sich nämlich die jetzigen Produktionsverhältnisse ändern, sollte die Entdeckung neuer Maschinen die menschliche Arbeit noch mehr überflüssig machen, wie bisher, so würden, wie mir jene Sekretäre versicherten, die Arbeiter als ihren Anteil an den Entdeckungen noch weitere Kürzungen der Arbeitszeit beanspruchen.

Die Frage nach der Länge des Arbeitstages ist demnach eine Frage nach dem Stand der Zivilisation. Aber so lange Sie und ich leben, fügte der Sekretär der Maschinenbauer hinzu, werden wir uns mit dem achtstündigen Arbeitstage begnügen."

Fast wörtlich sind die folgenden Sätze Brentano's, in welchen er ebenfalls meist Ausführungen der Arbeiter wiedergibt, auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Die Einsicht und Klarheit der Arbeiter erscheint hier im hellsten Licht. Es handelt sich um die Beweggründe der Arbeiter.

„Dies war einmal die Rücksicht auf die Gesundheit. Es wird auf das Wünschenswerthe bewiesen, den Aufenthalt in keineswegs immer gesunden Arbeitsstätten möglichst zu kürzen; sowie auf die durch die lange Arbeitszeit herbeigeführte Erschöpfung des Arbeiters. Solche Erschöpfung führe aber auf die Dauer zu schlechter und zu weniger Arbeit, ferner zu unregelmäßiger Arbeit, weil ein Arbeiter, der drei oder vier aufeinanderfolgende Tage 13 bis 14 Stunden gearbeitet habe, dann stets einen oder mehrere Tage lang ganz aussehe, um in dieser Zeit 'Bergeweise' seiner Schmerzen zu trinken; auch führe regelmäßig fortgesetzte zu lange Arbeit zu gewohnheitsmäßigem Wirthschaftsanspruch, zur Verjüngung aller Gesundheit und zur Vernachlässigung aller hauswirthschaftlichen und staatsbürgerlichen Pflichten. Die Kürzung des Arbeitstages wird also auch aus ethischen und politischen Rücksichten verlangt. Der Hauptgefahrpunkt aber, der seit den beiden letzten Jahrzehnten geltend gemacht wurde, ist der, daß die durch lange Arbeitszeit verursachte Uebermüdung des Arbeiters, die Nothwendigkeit, in der er sich befindet, sich früh zu Bett zu legen, um früh wieder zur Arbeit zu kommen, und die durch die exorbitante physische Anstrengung verursachte Stumpfheit des Geistes ihn in jeder Beziehung unfähig machen, die ihm gebotenen Gelegenheiten zur Weiterbildung zu benutzen. Dabei wird in manchen Gewerben, wie zum Beispiel im Kohlenbergbau, die Gefahr, in der das Leben des Arbeiters und das seiner Genossen schwebt, von dieser Weiterbildung beeinflusst. In anderen Gewerben hängt von ihr die technische Verbesserung des Arbeiters wenigstens ab. Vor Allem aber betonen die englischen Arbeiter das Recht der Arbeiterklasse, durch moralische und intellektuelle Weiterbildung Antheil an den Fortschritten der Zivilisation, und zwar begründen sie ihre mit Rücksicht auf dieses Recht erhobenen Ansprüche, daß die Arbeitszeit auf ein geringeres Maß reduziert werde, als irgend in früheren Jahrhunderten bestand, noch weiter mit der Einführung der Maschinen. Wir haben nichts gegen die Maschinen,“ schrieb 1858 die Londoner Bauarbeiter an ihre Arbeitgeber, als die Neunstundenbewegung praktisch zu werden begann, „allein wir sind der Meinung, daß die Arbeiterklasse einigen Vortheil von der allgemeinen Einführung der Maschinen ziehen solle, und der Vortheil, den wir verlangen, ist eine Minderung der Arbeitszeit. Auch sind wir der Ansicht, daß die Herabsetzung unserer Arbeitszeit um eine Stunde am Tage ein großer Segen für die Gesellschaft im Allgemeinen sein und daß sie eine wohlthätige Wirkung auf die Arbeiter ausüben würde in der Förderung ihres moralischen und sozialen Zustandes.“ Das Publikum, welches von der Einführung der Maschinen den Vortheil zieht, wird uns ohne Zweifel, wenn Sie zustimmen, eine Teilnahme daran nicht verlagern.“

Wie treffender Worten fertigt Brentano diejenigen ab, welche die Arbeiter auf das Beispiel von Männern, wie Staatsbeamte und Gelehrte, verweisen, die häufig keine andere Beschränkung der Arbeitszeit kennen, als die physische Erschöpfung. Brentano weist darauf hin, daß jene Männer nicht im Lohn arbeiten, sondern ausschließlich den Vortheil von ihrer größeren Anstrengung zogen, ferner auf die Nichtbeachtung des Unterchiedes im Preis einer technischen von dem einer ökonomischen

Arbeit. Besonders oft werde den Arbeitern Lord Brougham als Beispiel angeführt. Aber dessen Autobiographie zeige gerade, daß „er, trotzdem er die höchste juristische Würde erlangte, von Anfang die Jurisprudenz nur als ein Brotstudium betrachtete, das ihm gründlich verfaßt war und welchem er jede mögliche Stunde absparte, um sie anderen Studien zu widmen. Und nichts Anderes erstreben ja auch die Arbeiter. Auch sie wollen nicht faulenzeln nach Schluß ihres Arbeitstages. Sie wünschen nur, daß die Sorge um ihre Lebensnothdurft nicht ihre ganze Kraft absorbire, sondern ihnen die Möglichkeit lasse, ihre Zeit in anderer Weise nutzbar zu verwenden.“ Gewiß ein schönes Zeugniß, daß der Gelehrte hier den Arbeitern, die er aus eigener Anschauung kennt, ausstellt. Aber er führt uns einige Seiten später auch Belege dafür an, wie die Arbeiterorganisationen in positiver Weise für die moralische und intellektuelle Hebung des von dem Druck der zu langen Arbeitszeit befreiten Arbeiters sorgen. Wo die Gesetzgebung, wie bei den Bergwerken, nicht gleichzeitig mit der Beschränkung der Kinderarbeit die Schulpflicht eingeführt hat, petitionirten sie seit Beginn der fünfziger Jahre unablässig an's Parlament um Einführung von Schulwegen für ihre Kinder. Sie erklärten sich bereit, sich betreffs Gründung von Schulen regelmäßige Abzüge vom Lohn gefallen zu lassen.“

Wie aber die Fabrikanten die erbittertesten Gegner der Fabrikgesetzgebung gewesen, so bekämpfte die „Gesellschaft der Grundbesitzer von Großbritannien“ gerade diese Gesetzgebung auf's Heftigste. Während der ganzen Agitation für die neue englische Schulgesetzgebung endlich verlangten die Mitglieder der Gewerksvereine, wie bekannt, Einführung des Schulzwanges. Was die Erziehung betrifft, so verweist Brentano auf das Buch von Ludlow und Jones, Fortschritte der arbeitenden Klassen von 1832-1867. Dieselben Schriftsteller haben alsdann in einer meisterhaft gebrügten Darstellung gezeigt, wie die Erziehung die ihnen durch die Kürzung der Arbeitszeit geschaffene Mücke auf ihre allgemeine, ihre technische und wissenschaftliche Fortbildung verwendet haben, wie sie ihre Erholungsstunden mit Lectüre ausfüllten, welche große Verbesserung in dem Charakter dieser Klasse und in dem ihrer Vergnügungen eingetreten ist und welche sittlichen Fortschritte die ganze Arbeiterklasse seit Minderung der Arbeitsstunden gemacht hat.“

Es fehlt nicht an besonders leuchtenden Beispielen; Brentano führt den damaligen Präsidenten der nationalen Gesellschaft der Grundbesitzer an, der im Sommer als Bergmann arbeitete und sparte, um im Winter an der Universität Glasgow humanistische Studien treiben zu können.

Sozialdemokratischer Parteitag in Halle.

Am dem vom 12. bis zum 18. dieses Monats in Halle a. d. Saale stattgehabten sozialdemokratischen Parteitag nahmen 410 Parteimitglieder Theil. Wir müssen es uns selbstverständlich versagen, einen eingehenden Bericht über die umfassenden Verhandlungen zu bringen. Nur etwas vom Interessantesten können wir mittheilen. Doch wollen wir die Thätigkeit des Parteitages demnachst in einem Artikel gebührend würdigen.

Bon großem Interesse war der vom Vg. Bebel erstattete Rechenschaftsbericht, dem wir Folgendes entnehmen:

Die Presse betreffend haben sich die Verhältnisse unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes im Vergleich zu der Periode vor Erlaß desselben also gestaltet:

Bei Erlaß des Sozialistengesetzes bestanden in Deutschland 42 politische Parteipresseorgane und 14 Gewerkschaftsorgane. Der gesammte Abonnentenbestand derselben ist nie genau festgestellt worden, er mag aber 160-170 000 nicht überschritten haben. Von den 42 politischen Zeitungen erschienen 13 wöchentlich, 13 wöchentlich dreimal, 3 wöchentlich zweimal und 13 wöchentlich einmal. Diese gesammte Presse wurde nach Verkündung des Sozialistengesetzes vollständig vernichtet. Die gegenwärtig vorhandene Presse ist also erst unter dem Sozialistengesetz entstanden und hatte bei Ablauf desselben, Ende September, folgenden Stand:

Es erschienen: wöchentlich jeßmal 19. Blätter, welche zwischen 30 000 und 1100, im Ganzen 120 400 Abonnenten hatten, wöchentlich dreimal 25 Blätter, welche zwischen 9000 und 250, im Ganzen 58 000 Abonnenten hatten, wöchentlich zweimal 6 Blätter, welche zwischen 6000 und 450, im Ganzen 14 850 Abonnenten hatten, wöchentlich einmal 10 Blätter, welche zwischen 14 500 und 1000, im Ganzen 60 850 Abonnenten hatten. Insgesamt also 60 politische Blätter mit 254 100 Abonnenten.

Der Stand der Gewerkschaftspresse war folgender: Es erschienen: wöchentlich einmal 17 Blätter, von welchen eins 27 000, das zweite 16 000, das dritte 15 000, das vierte 12 500, das fünfte 11 000, das sechste 800 Abonnenten hatte. Im Ganzen hatten diese Blätter 155 350 Abonnenten. Monatlich zweimal bzw. dreimal 2 Blätter mit zusammen 4400 Abonnenten, alle 14 Tage bzw. monatlich zweimal 20 Blätter, welche zwischen 6000 und 400 im Ganzen 39 750 Abonnenten hatten, monatlich einmal 2 Blätter mit zusammen 1500 Abonnenten. Insgesamt 41 Blätter mit 201 000 Abonnenten.

Zu den angeführten Blättern kamen weiter: eine wissenschaftliche Zeitschrift, die monatlich erschien und 2500 Abonnenten hatte, ein Unterhaltungsblatt, wöchentlich erscheinend, mit 19 000 Abonnenten und zwei Wochensblätter mit über 100 000 Abonnenten.

Mehrere Blätterverwaltungen haben der Aufforderung, den Abonnentenbestand ihrer Blätter mitzutheilen, nicht Folge geleistet und konnten in der obigen Aufstellung nicht berücksichtigt werden.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Partei machte der Berichterstatter folgende Angaben:

Die im August 1880 auf dem Wpmer Kongress berechneten Einnahmen betragen für die Zeit vom November 1878 bis 1. August 1880 rund 87 100 Mark; auf dem Kopenhagener Kongress Anfang April 1883 wurden als

Einnahme verrechnet rund 95 000 Mark. Auf dem Parteitag in St. Gallen Anfang Oktober 1887 rund 188 600 Mark. Unter dieser Einnahme sind auch die Posten verbucht, welche die deutschen Genossen in der Schweiz und die Anhänger des „Sozialdemokrat“ verausgaben und an gemäßigtere deutsche Genossen verausgaben haben.

Seit der Abrechnung auf dem Parteitag zu St. Gallen, der bis Ende August 1887 reicht, sind eingegangen:

Table with 3 columns: Item, Einnahme, Ausgabe. Rows include: Wahl- und Diätenfonds, Unterstützungsfonds, Eberfelder Prozeß, Vermischtes, Fünfen, Kapital- und Darlehnskonto, Kassenbestand am 1. Sept. 1887, bezw. 1. Oktober 1890.

Die Einnahmen und die Ausgaben, ohne diejenigen für das Kapital und das Darlehnskonto, die nur als durchlaufende Posten zu betrachten sind und ohne die Fünfen und den Kassenbestand vom 1. Oktober 1890 stellen sich folgendermaßen:

Table with 3 columns: Item, Einnahme, Ausgabe. Rows include: Wahl- und Diätenfonds, Unterstützungsfonds, Vermischtes, Eberfelder Prozeß, Kassenbestand am 1. Sept. 1887, bezw. 1. Oktober 1890.

Diese 324 332.07 Mark sind die wirklichen Einnahmen, die durch die Partei aufgebracht wurden. Mit den Fünfen (Mk. 6071.65) und dem Kassenbestand (Mk. 18 800.80) belief sich die gesammte Kassen-einnahme auf Mk. 349 204.52, die gesammten Ausgaben 192 085.07 Mark, so daß das vorhandene Vermögen sich auf 157 119.45 Mark beläuft, in Wirklichkeit beläuft es sich auf 171 829.20 Mark, mit dem von früher vorhandenen Vermögenbestand.

Außer den hier angeführten Einnahmen sind durch die Partei aufgebracht worden:

Table with 3 columns: Item, Einnahme, Ausgabe. Rows include: Für den Tafelconferenzen, den Kaiser-Gräberfonds, die gemäßigteren Vergleite.

Diese zusammen mit den übrigen von der Partei aufgebrauchten Beträgen von 322 332.07 Mark ergeben 349 729.03 Mark, welchen für alle der angeführten Fonds eine Ausgabe von 217 399.18 Mark gegenübersteht.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter, sowie die Stellung der Partei zu den Streiks und zu den Boykotts bildeten den Gegenstand eingehender Erörterungen, die sich an die von den Delegirten Griffenberger und Klotz erstatteten Resolutorien knüpften.

Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

Der Parteitag wolle beschließen: Die Partei hat für die nächste Zeit eine hauptsächlichste Wirksamkeit dahin zu richten, daß das vorhandene Koalitionsrecht nicht nur im ganzen Umfange ausbreitet erhalten und gegen jede wie immer geartete Verwässerung thätig geschützt, sondern weiter bis zur vollen Verwirklichung und Verbindungsfreiheit entwickelt wird. Als ein nothwendiges Mittel zum Schutze des Koalitionsrechts der Arbeiter gegen die unterdrückenden Bestrebungen des Unternehmenswesens ist ein Gesetz aufzutreten, welches jeden Versuch, das Koalitionsrecht oder die sonstige Ausübung der gesetzlichen Rechte zu hindern oder zu erschweren, unter nachdrückliche Strafe stellt. (Wollmar und Genossen.)

Der Parteitag erklärt:

Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks wie auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse; einmal, um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, auf unredlichen Dutz oder zu unredlichen Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiert und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Macht der Zahl wie die Macht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Zugleich beschließt der Parteitag gegen die erwaarten Veruche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechts durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten, und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Veruche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde. Klotz-Griffenberger.

In Erwägung, daß durch die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfer Formen annimmt, und Angesichts der abnehmenden Haltung der Regierung gegenüber der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiter-

Schulgefeße, ist es eine Nothwendigkeit, diesen Kampf...

Glode-Berlin, Bod-Gotha, Segis-Münberg, Barth-Berlin, Elomte-Bielefeld, Bruns-Bremen, Frey-Berlin.

§ 152 der Gewerbeordnung und das preussische Vereinsrecht.

Wie bereits mitgetheilt, wurden sechs politisch geschlossene Fachvereine Wiesbadens, darunter der Buchdruckerverein 'Gutenberg', von dem Igl. Landgerichte...

Die zweite Ferienkammer des Igl. Landgerichts zu Wiesbaden stützt ihren Beschluß vom 15. September d. J. auf folgende Gründe:

Das Hauptverfahren kann nicht eröffnet werden, weil der nach §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erforderliche Nachweis, daß die in der Anlage...

Unter den Begriff der 'politischen Gegenstände' fallen nicht die auf Gehbung der sozialen Stellung der Arbeitnehmer, auf Verbesserung der Löhne und der Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen der Fachvereine...

Für die Frage, ob die Vereine bezweckt haben, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, sind zunächst die Statuten maßgebend. Diefelben enthalten - wie auch die Anlage anerkent - nichts, was den Rahmen der erlaubten Vereinszweckthätigkeit überschreitet...

In dieser Beziehung ist nun zunächst der Umstand, daß die Leiter der Vereine und der größte Theil der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehört haben...

Unerschütterlich ist ferner die feindselige Haltung der Fachvereine gegenüber den Innungen. Diese feindselige Haltung, welche sich nicht in Angriffen gegen die über das Innungswesen erlassenen Gesetze, oder gegen die Maßnahmen der staatlichen Verwaltung...

Es ist aber auch aus den Verhandlungen in den Versammlungen und Vorstandssitzungen der Fachvereine ersichtlich, daß die Mitglieder im Allgemeinen bestrebt waren, das politische Gebiet zu vermeiden und sich auf die zur Förderung des Handwerks und zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeitnehmer dienlichen Schritte im Rahmen der Statuten und des § 152 der G.O. zu beschränken...

Die Verbreitung der Fachschriften unter den Mitgliedern der Vereine beweist nicht, daß die Vereine bezweckt haben, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Wenn auch diese Fachschriften politische Gegenstände besprochen haben sollten, was nur bezüglich einzelner den Akten beigefügter Nummern nachgewiesen ist...

Auch die in den Versammlungen der Fachvereine gehaltenen Vorträge betrafen meistens die gewerblichen Interessen, ohne daß politische Erörterungen hineingezogen wurden; sie enthielten zum Theile historische Darlegungen der bestehenden Zustände des Handwerkes...

Was die in dem Fachvereine der Buchdrucker auf Antrag von Böh und Günther beschlossenen Petitionen an staatliche und kommunale Behörden anlangt, so fallen diese Petitionen nicht unter den Begriff der politischen Gegenstände; denn die Behörden sollten in diesen Fällen nicht als Organe des Staates oder der politischen Gemeinde...

Das in einer Versammlung des Fachvereins der Schreiner zur Verhellung gefommene Kongreßprotokoll enthält keine durch Beeinflussung der Gesetzgebung oder Verwaltung durchzuführende politische Agitation, und auch das Flugblatt (Hölschelens Bl. 137) bezweckt seinem Wortlaute nach nur die Vereinszweckthätigkeit im Rahmen des § 152 der G.O. Die Vorträge des Schreiners Kloss in den Versammlungen vom 15. Mai 1884 und vom 17. April 1885 sind zum Nachweise der von dem Fachvereine verfolgten Zwecke nicht oder mindestens nur sehr wenig geeignet, weil sie in allgemeinen Schreiner-versammlungen, nicht in Versammlungen des Fachvereins gehalten worden sind.

Das Gleiche gilt auch von den in den allgemeinen Schuhmacherverammlungen vom 20. Februar 1884, 28. Oktober 1885 und 15. April 1887 gehaltenen Vorträgen des Wanderrhedners Bod. Was die weiteren gegen den Schuhmacherverein vorgebrachten Thatsachen anlangt, so ist aus den vorliegenden Polizeiberichten nicht ersichtlich, daß die in den Versammlungen vom 13. und 20. Oktober 1884 verlesenen Artikel über die Wohnungsfrage und über die sozialen Triebe der Thierwelt, ferner der in der Vereinsversammlung vom 16. Mai 1887 verlesene Artikel über die Frage der Prostitution und deren Ursachen, der in der Versammlung vom 19. September 1887 vorgetragene Artikel über Volksbildungswesen und der in der Versammlung vom 17. Oktober 1887 verlesene Artikel über Gründung der ersten Schuhmachervereinigung in Götting sich auch über die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates verbreiten und somit einer politischen Thätigkeit gehort haben.

Was den Fachverein der Maurer betrifft, so ist zu bemerken, daß die seitens des Angeklagten Windhoff in der Versammlung vom 14. August 1887 vorgenommene Vorgesprechung der Statuten des Fachvereins über Arbeitszeit, Wohnungsfrage, Vertragsfrage usw. nirgends erheben läßt, daß diese Fragen anders als durch Vereinbarungen mit den Arbeitgebern geregelt werden sollen.

Während hiernach im Allgemeinen die Thätigkeit der Vereine das politische Gebiet gemeint hat, so ist doch nicht zu verkennen und oben bereits angedeutet worden, daß in einzelnen Fällen Uebergriffe auf das politische Gebiet stattgefunden haben, indem in Versammlungen der Fachvereine Artikel verlesen, Vorträge gehalten und Anträge gestellt worden sind, welche die bestehende Gesetzgebung des Staates zum Gegenstande hatten oder Abhilfe für die Beschwerden der Arbeit-

nehmer durch die staatliche Gesetzgebung in Aussicht nahmen. Hierher gehört die Mittheilung des Vorsitzenden in der Buchdruckerversammlung vom 27. Februar 1886, daß in der Allgemeinen Buchdruckerversammlung, anschließend an die Tarifbewegung, über eine Petition an den Reichstag wegen Einführung eines Normalarbeitstages von neun Stunden Beschluß gefaßt werden solle. Hierher gehört weiter die in der Versammlung des Schreinerfachvereins vom 8. Januar 1887 vom Vorsitzenden Müller vorgenommene Verlesung einer von dem Tischlermeister Kede in Halle entworfenen Petition an den Reichstag wegen Gleichstellung der Fachvereine mit den Innungen, ferner aus dem Vereinsleben des Schuhmachervereins das Verlesen der Artikel 'Unsere Lage', in welchen auch die Gewerbegesetzgebung erwähnt wird, die Mittheilung des Vorsitzenden Faust über eine von den Berliner Schuhmachern vorgeschlagene Petition an den Reichstag um Verfürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes unter der Aufforderung, diese Petition zu unterschreiben, der Vortrag des Vorsitzenden Faust in der Versammlung vom 11. Juli 1887, in welcher er sich über Innungsbestrebungen und Bannengesetze verbreitet. Endlich mag aus der Thätigkeit des Fachvereins der Maurer, hierher gerechnet werden die Mittheilung des Maurers Bus in der Versammlung vom 14. Juli 1887, daß der Allgemeine deutsche Maurer-Kongreß sich ein einheitliches und im ganzen Deutschen Reich überall gleichzeitig durchgeführtes Vereins- und Versammlungsgefes zum Ziele gesetzt habe, ferner der in der Versammlung des Maurerfachvereins vom 19. März 1888 zur Vorlage gefommene Antrag, welcher eine das Koalitionsrecht betreffende an den Bundesrath, den Reichstag und die Regierungen sämmtlicher deutschen Bundesstaaten zu richtende Denkschrift in Aussicht nimmt.

Es ist jedoch zu erwägen, daß derartige Uebergriffe auf das politische Gebiet nur in vereinzelt Fällen stattgefunden haben, daß sie nur von einzelnen Rednern ausgegangen sind in Ueberschreitung der aus den Statuten des Vereins und aus der Tagesordnung sich ergebenden Grenzen, so daß sie von den Mitgliedern oder wenigstens von der größeren Zahl der Mitglieder nicht vorher gesehen werden konnten. Aus solchen vereinzelt Fällen und aus dem Verhalten Einzelner ist aber ein einigermaßen zwingender Schluß, daß die Vereine bezweckt hätten, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, nicht zu ziehen. Ein derartiger Schluß läßt sich umsoweniger ziehen, als die Vereinszweckthätigkeit im Großen und Ganzen von politischer Thätigkeit sich ferngehalten hat und die Ueberschreitungen auf das politische Gebiet in mehreren Fällen von den Mitgliedern zurückgewiesen, demnach als den Zwecken des Vereins widersprechend missbilligt worden sind, den gehaltenen Anträgen auf Ablehnung von Petitionen an den Reichstag auch keine weitere Folge gegeben wurde.

Recht es hiernach an ausreichendem Beweise dafür, daß die Fachvereine bezweckt hätten, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, so folgt daraus, daß die Angeklagten außer Verfolgung zu setzen sind und die angeordnete Schließung der Vereine aufzuheben ist.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse nach § 497 der Strafprozeßordnung zur Last. gez. Reichmann, v. Gistruh, Körner. (Korrespond. f. Deutsch. Buchdrucker u. Schriftgießer.)

Zur Gewerkschaftskonferenz in Berlin.

Der Plan der Vertrauensmänner der Metallarbeiter, die Vorstände und Leiter der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands zu einer Konferenz zusammen zu berufen, hat, soweit unsere Beobachtung reicht, ungetheilte Zustimmung gefunden. Fast die gesamte Gewerkschafts-Presse hat das erlassene Einladungsschreiben zum Ausdruck gebracht und mehr oder minder Sympathie für das Unternehmen befundet. Auch der 'Gewerkschafter' erklärt sich mit dem Zweck des Anrufes einverstanden und bemerkt dazu Folgendes:

Es ist nothwendig, daß die deutschen Arbeiter sich eine Organisation schaffen, welche den Unternehmerverbänden die Stirn zu bieten und das Koalitionsrecht gegen alle Angriffe siegreich zu verteidigen im Stande ist. Schwer freilich wird es sein, eine derartige Organisation herzustellen, denn während der Vereinigung und Centralisirung der Unternehmerverbände seitens der Behörden keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, legt man den Arbeiterorganisationen alle möglichen Hindernisse in den Weg und wendet die Vereinsgesetze, welche in Deutschland zur Anebelung des Vereinsrechtes erlassen worden sind, mit solcher Strenge auf die Fachvereine und Gewerkschaften an, daß dieselben in ihrem Wachstum gehemmt sind und sich, falls sie überhaupt forbestehen können, oft nur kümmerlich am Leben zu erhalten vermögen.

Wir sind in Deutschland leider noch so weit zurück, daß die rechtliche Grundlage für die Arbeiterbewegung erst noch geschaffen werden muß. Dies zu thun, ist vor Allem Sache der Arbeiter, die auf die ehrlche Unterstützung keiner anderen Klasse rechnen können. Und die geplante Konferenz wird sich mit der Gewinnung einer festen Grundlage zu beschäftigen haben. Wir erwarten deshalb, daß der Anruf von den Unterzeichnern, lauter bedenklichen Vorkämpfern der Arbeitersache, gewöhnliche Aufnahme finden möge.

In ähnlicher Sinne haben sich die meisten Gewerkschaftsorgane ausgesprochen und es bedarf deshalb die Nothwendigkeit der Zweckmäßigkeit der Konferenz keines weiteren Beweises.

Ueber die Fragen, welche die Konferenz zu behandeln hat, ist man sich ziemlich einig. Herr Martin Segis schreibt diesbezüglich in der 'Deutschen Metallarbeiter-Zeitung' Folgendes:

Es sollen nur Fragen, welche auf die gewerkschaftliche Bewegung Bezug haben, zur Erörterung gelangen. Vor Allem erscheint es nothwendig, eine feste Grundlage für alle Gewerkschaften zu schaffen, gewissermaßen ein Programm zu entwerfen, nach dem alle Organisationen

welche auf gegenseitige Hilfe Anspruch machen, zu operieren haben, um die Bewegung zu einer einheitlichen zu gestalten.

Folgende Fragen dürften dabei hauptsächlich in Betracht kommen:

1. Welche Stellung haben die gewerkschaftlichen Organisationen zu den Unternehmerröaktionen und deren gegenwärtigem Vorgehen gegen die organisierten Arbeiter einzunehmen?
2. Unter welchen Verhältnissen ist der organisierten Arbeitern Arbeitsstellung zu empfehlen, wie können ungesetzmäßige Streiks verhindert werden?
3. In welcher Form können sich die einzelnen Gewerkschaften im Notfall gegenseitig finanziell unterstützen?
4. Welche Einrichtungen sind den einzelnen Gewerkschaften bezüglich der Wander-Unterstützung, des Arbeits-Nachweises und des Herbergnehmens zu empfehlen?
5. Wie kann die Agitation planmäßig und erfolgreich betrieben werden?
6. Wie sind die Arbeiterinnen zu organisieren?
7. Welches ist die geeignetste Form zur gewerkschaftlichen Organisation?
8. Was hat zu geschehen, um die Organisationen vor den beherrschenden Angelegenheiten zu stellen?

Das sind nach meiner Auffassung die Fragen, womit sich die Konferenz hauptsächlich zu beschäftigen hätte. Selbstverständlich ist nicht ausgeschlossen, daß auch noch andere auf die Organisation bezügliche Fragen diskutiert werden können, wie ja auch die eine oder andere Frage als überflüssig erscheinen und von der Tagesordnung abgesehen werden kann.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die gewerkschaftliche Bewegung sich zu einem viel bedeutenderen Machtfaktor entwickeln würde, gelänge es, über vorstehende Fragen eine Einigung zu erzielen, bezw. eine Form zu finden, um Frage drei zu lösen, ohne mit unruhmreichen Vereinigungen in Konkurrenz zu kommen.

Es verlohnt sich deshalb wohl der Mühe, schon vor Eintritt der Konferenz die Diskussion über die einzelnen Fragen zu eröffnen, um alle Interessenten zum Nachdenken über die Lösung derselben anzuregen.

### Niedriger hängen!

Herr Wernau Berlin theilte im Laufe der vergangenen Woche der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands in seiner bekannten „gebildeten“ Schreibweise, vor der wir in Nr. 41 eine Probe veröffentlicht haben, mit, daß eine am 2. Oktober stattgehabte öffentliche Maurerverammlung noch einem Referate des Herrn Karl Behrend folgende Resolution angenommen hat:

„Die heute in der Brauerei Friedrichshain tagende Versammlung der Maurer Berlins erklärt: Das Schlimme, welches der letzte deutsche Maurerkongreß geschaffen hat, um die deutsche Maurerbewegung zu leiten, ist bei dem immer schroffer zu Tage tretenden Klassenkampf, welchen heute die Arbeiter der Kapital besitzenden Klassen gegenüber führen müssen, als ungenügend zu betrachten, weil, in jedem Orte die Kräfte, welche im Interesse der Allgemeinheit in der Agitation zu wirken im Stande sind, keine Behinderung erfahren dürfen. Die Versammlung erachtet es daher für durchaus notwendig, daß eine Reorganisation geschaffen wird, welche das diktatorische und despotische Regiment, wie es der letzte Kongreß geschaffen hat, beseitigt. Die Versammlung beschließt demzufolge, für die Provinz Brandenburg spätestens Mitte November einen Provinzialtag nach Berlin einzuberufen und hierüber abzustimmen, welcher gehalten sein soll, die Mittel und Wege zu beraten, welche es ermöglichen, die Agitation in andere Bahnen zu lenken.“

Herr Wernau fügt dieser Resolution in seinem Briefe hinzu, daß man die Geschäftsleitung mit der Theilnahme an dieser Konferenz nicht befragen wolle, da sie ja in Hamburg übergenug in Anspruch genommen sei.

Daß die Gehärbtheit der bekannten Elemente in Berlin nach dem 1. Oktober in ein neues Stadium treten werde, war mit Sicherheit vorauszusetzen. Die mitgetheilte Resolution beweist aufs Deutlichste, daß diejenigen sich einer großen Täuschung hingeben, welche meinen, daß die Hege in Berlin bald von der Willkür verschwinden würden. Sie geriren sich wieder mit größter Unverfrorenheit als die Schicksalslenker der deutschen Maurerschaft und rufen zum Kampf gegen die bestehende Organisation auf, in der Absicht, die Leitung in die Hand zu bekommen. Deshalb gebrauchen sie den lächerlich-plumpen Kniff, die gegenwärtige Leitung als ein „diktatorisches und despotisches Regiment“ zu bezeichnen. Daß sie damit von der Organisation sich loslösen, bedarf nicht der näheren Begründung. Der nächste Maurerkongreß wird, wenn bis dahin der Berliner Unfug kein Ende genommen, nicht umhin können, auf die Zugehörigkeit der Berliner Maurerschaft oder des Theiles derselben, welcher den Hegeern folgt, zu verzichten. Daß es einen Friede mit denselben nicht giebt, dürfte nunmehr wohl völlig klar sein. Sie bilden eine zur Ketten-Schlingung des Unfriedens verurtheilte Kette, mit der man nicht mehr unterhandelt, sondern die man moralisch überfällt, so bald sie sich manig macht!

### Situationsberichte. Maurer.

Neubaus a. S. Eine öffentliche Maurerverammlung tagte hier am 12. Oktober zwecks Gründung eines Fachvereins. Nachdem seitens mehrerer Redner die Nothwendigkeit der Gründung einer dritten Maurerorganisation hervorgehoben war, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten; dieselbe fiel auf die Kollegen Dembke, erster, Vossch, zweiter Vorsitzender; Jäger, erster, Wentzen, zweiter Kassierer und Giese Schriftführer. Außer den in der Versammlung anwesenden 12 Maurern hatten sich noch weitere sieben, die am Erscheinen ver-

hindert waren, schriftlich zur Aufnahme gemeldet, so daß also die Hälfte der ortsangehörigen Maurer der neuen Organisation angehört. Hauptsächlich schließt sich die andere Hälfte in kürzester Zeit der Bewegung an, damit wir den seit längerer Zeit schwebenden Kampf um die zehnstündige Arbeitszeit siegreich zum Antrage führen können.

Horn. Eine schwach besuchte Mitgeliieder-Versammlung des hiesigen Maurerfachvereins tagte hier am 5. Oktober im „Volksgarten“, in welcher der Vorsitzende, Herr A. Liedtke, unsere gegenwärtige Lage als nicht rosig bezeichnete. Die in unserem Streik erhaltene Niederlage äußere jetzt erst ihre Folgen, da die Meister nun nach Gutdünken beim Kürzerwerden der Arbeitszeit die Löhne erniedrigen, sowie auch die Arbeitszeit festsetzen. Auch sei die rege Theilnahme am Fachverein, wie sie bei der Gründung desselben vorhanden war, bei einer großen Anzahl der Kollegen geschwunden. Redner ersuchte die Anwesenden, mit ungebundener Energie für die Ausbreitung der Organisation unter den Kollegen einzutreten und vor Allem das Fachorgan „Der Grundstein“ zu lesen und zu verbreiten als bestes Agitationsmittel. Auch Beendigung des beifällig aufgenommenen Vortrages wurde dann ein Antrag des Schriftführers, Herrn Weiland, angenommen, an jedem Sonntag nach dem Ersten jeden Monats eine Versammlung abzuhalten. Die nächste Mitgeliieder-Versammlung findet am 2. November statt.

Hamburg. Die siebente Hauptversammlung des hiesigen Maurerfachvereins nahm am Abend des 16. Oktober ihren Anfang. Vor Eintritt in die Verhandlung verwies der Vorsitzende das Mitglied Stomke unter Abnahme seiner Vereinslegitimation aus dem Vokale, da es sich herausgestellt hat, daß E. während des Streiks als Streikbrecher hierher importirt worden ist. Dann erstattete Herr Meyer den Geschäftsbericht über das verfloffene Vereinsjahr. Kein Jahr sei seit dem Bestehen des Vereins so bedeutungsvoll verlaufen, so führte der Redner aus, als dieses; Kampf gegen die Meister und Kampf im Innern sei die Signatur desselben gewesen und die ständige Zahl der Anwesenden beweise, daß der Verein diesen schweren Sittmen siegreich getrotzt habe. Beim Beginn des Geschäftsjahres habe der Verein durch Gründung des Arbeitsnachweisesbureaus aufs Neue bewiesen, daß er bestrebt sei, auf friedlichem Wege die Arbeitsbedingungen mit der Unternehmerschaft zu regeln und trotz der verhältnismäßig kurzen Thätigkeit sei das gegenwärtige Wirken des Arbeitsnachweisesbureaus bewiesen. Redner verlas dann eine gaslenmäßige Zusammenstellung der Thätigkeit des Bureaus und wies dann eingehend nach, daß die Verwaltung eines solchen Bureaus notwendigerweise in den Händen der Arbeiter sein und deshalb der einzelnen Kreisen aufgetauchte Gedanke der Auflösung des Bureaus entschieden von der Hand gewiesen werden müsse. Redner erwähnte dann kurz der im Laufe des Winters erfolgten Ablegung des in voriger Generalversammlung gewählten Vorstandes und der Thätigkeit der damals gewählten Untersuchungskommission, sowie der am 6. Februar erfolgten Neuwahl des jetzt abtretenden Vorstandes und schließlich der Wahl der Lohnkommission, durch welche der Eintritt in den Lohnkampf befestigt wurde. Jetzt habe es sich wohl zur Evidenz herausgestellt, daß die damaligen Vorschläge des Vorstandes die praktischsten gewesen. Gätten nun die Mitgelieder freiwillig denselben nicht beachtet, so müßte hoch konstatirt werden, daß sie mit bewundernswürdigem Muth und zäher Ausdauer getämpft und geopfert hätten. Die Streitabrechnung, die zur Zeit der Revision unterzogen und dann veröffentlicht wurde, wies eine Einnahme von M. 131 492,62 auf, von welcher Summe M. 76 330 durch Extraktiven von den Hamburgischen Maurern selbst aufgebracht und M. 31 112,30 von der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands, der Rest theils von außerhalb geleistet und theils leihweise entnommen sei. Die Ausgabe betrage: für wöchentliche Unterstützung der Streikenden M. 94 789,50; für Reiseunterstützung M. 4402; für Unterstützung der Familien der Inhaftirten M. 2927; für Rechtskosten M. 1839; für Abhaltung des Jünglings M. 4510,55; für Mietunterstützung (die freiwillig zurückertattet werden muß) M. 6161,30, und schließlich für Verwaltung, die beifällig bemerkt, noch nicht 2%, Prozent der gesamten Ausgabe betrage, M. 3103 für sämtliche Bureaus. Nachdem dann am 8. Juli der Streik beilegte, sei die unterbrochene eigentliche Vereinsthätigkeit wieder aufgenommen worden, wie z. B. die Beratung der Denkschrift an die Berufsgenossenschaft beweise. Die Vereinstafel ergebe folgende Daten: Die Mitgliederzahl beträgt augenblicklich 4054, während 4749 die Arbeit eingestellt haben, wobei erwähnt werden muß, daß eine respektable Anzahl von regelmäßigen Zuschlägen in dem vergangenen Frühjahr Hamburg überhaupt in Erwartung der kommenden Dinge gemieden haben. Die Einnahme beträgt M. 14 661,20; die Ausgabe M. 13 351. An die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands sind M. 3000 abgeführt, zur Unterstützung anderer Gewerke M. 2200 hergegeben; auf Rechtschutz ist verwandt M. 1082,50; auf Zuschuß zur Kolportage des „Grundstein“ M. 938,36; auf Wanderunterstützung M. 157,60. Das augenblicklich vorhandene Gesamtvermögen betrage trotz der enormen Leistungen während des Geschäftsjahres die Summe von M. 15 000, wozu der ausstehende Mietzuschuß zu rechnen ist, ein Beweis der Unbesiegbarkeit des Vereins. Redner erwähnte dann noch kurz der in letzter Zeit durchtämpften inneren Wirren und schloß dann seinen Bericht mit der Mahnung an die Anwesenden: „Laßt uns den Fachverein hochhalten! Seid einig!“ — Der zweite Vorsitzende, Herr Koster, schloß die Versammlung in kurzen Zügen den Unterschied zwischen dem diesjährigen Kampfe und den Kämpfen im Jahre 1870 und 1873 und konstatirte am Schluß seiner Ausführungen, daß bisher kein Lohnkampf mit gleicher Disziplin und Spierwilligkeit geführt worden sei. Die Hamburgischen Streikbrecher im Jahre 1890 seien nicht aus Noth, sondern, aus purem Eigennutz von der großen allgemeinen Sache abgelaufen. Herr Müller hielt die Einrichtung des Arbeitsnachweisesbureaus bloß in den Händen der Gesellen für nach-

theilig; es wäre besser gewesen, wenn die Meister einen bestimmten Antheil an der Verwaltung gehabt hätten; der Streik sei infolge des 1. Mai zu früh ausgebrochen. Mit der strengen Disziplin dürfe man sich aber nicht brüsten, jedoch trage der Vorstand keine Schuld an dem ruhmlosen Ausgange des Streiks. Der Vorstand hätte aber energischer der Eröffnung der „Jungen“ in der Zeit des 1. Mai entgegenzutreten müssen. Im Ganzen sei nicht genug in Betreff der Bildung gehalten worden, es hätten mehr wissenschaftliche Vorträge gehalten werden müssen. (Wiederholte Schlußrufe.) Nachdem der Vorsitzende die Ausführungen des Vorredners kurz widerlegt, warnte Herr Lorenz vor erneutem Weitertragen der Zwistigkeiten und ermahnte zum Zusammengehen mit den Maurern Deutschlands. Herr Staning wollte dem Vorgehen des Vorstandes volle Anerkennung und beantragte die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Hauptversammlung spricht dem jetzt abtretenden Vorstande ihre Anerkennung aus und ertheilt demselben volle Decharge.“ Im Uebrigen konstatirte der Redner, daß die Hamburgischen Maurer keine Niederlage erlitten haben, das beweise die Zahl der Anwesenden, die trotz des jahrelang andauernden Zwistes im Innern noch fest zusammenstehen. Möge man dafür eintreten, daß solche Zwistigkeiten sich nicht wiederholen, möge man den Vereinherrn energisch den Marsch blasen. Das Ziel des Vereins müsse bleiben: Einführung der kommunikativen, gesellschaftlichen Produktionsmethode. Dieses Ziel könne aber nur erreicht werden dadurch, daß man den selbstgewählten Vertretern vollstes Vertrauen entgegenbringe. Nachdem dann noch Herr Bürg für kurz in demselben Sinne gesprochen, wurde die oben angeführte Resolution gegen eine Stimme angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verlas Herr Fedder den zunächst die Abrechnung pro September. Dieselbe ergab für die Vereinstafel bei einer Einnahme von M. 672,63 einen Ueberschuß von M. 46,33 und für die Extrabeträge eine Einnahme von M. 125,28 ohne Ausgabe. Dann erfolgte die Verlesung der Jahresabrechnung. Die Einnahme der Vereinstafel betrug M. 14 575,19, die Ausgabe M. 13 338,51, mithin verbleibt ein Ueberschuß von M. 1236,68; die Einnahme der Extrabeträge dagegen betrug M. 11 345,18, die Ausgabe M. 3619,90, mithin Ueberschuß M. 7725,28. Nach Ertheilung der Decharge wurde zu den Anträgen übergegangen. Der Vorsitzende bemerkte zunächst, daß angeht die vorbestehende Veränderung der Organisationsform der Vorstand in Vorschlägen zur Statutenänderung abgesehen und sich auf die Aufstellung einer Geschäftsordnung für die Versammlungen beschränkt habe. Zur Erörterung stehen zunächst drei von Herrn Müller gestellte Anträge: 1. „Der erste Vorsitzende wird auf ein Jahr gewählt. Eine Wiederwahl für das nächste Jahr ist nicht zulässig. Dieser Vorschlag hat nicht wirkende Kraft.“ Der Antragsteller begründete seinen Antrag in längerer Ausführung, wobei er vom Vorsitzenden eine Klage erhob, weil er den Ausdruck gebrauchte: „Herr Paul Hannover sei für seine Anwesenheit in Hamburg auf den Vortrag freigestellt.“ Unter großer Anwesenheit über diese Prozedur wurde ein Antrag des Herrn Moß angenommen, über den ersten Antrag des Herrn Müller zur Tagesordnung überzugehen. Der zweite Antrag des Herrn Müller lautete: „Für das nächste Jahr übernimmt der Verein keine Garantie betreffs der 1500 Exemplare des „Grundstein“ und hört der Zufuß seitens des Vereins auf.“ Der Antragsteller verzichtete auf eine Begründung, worauf der Vorsitzende darauf hinwies, daß seit einem Jahre überhaupt keine Garantie mehr übernommen sei, da die Zahl der Abonnenten stets eine höhere gewesen, im Uebrigen aber ein Zufuß für das Blatt nie geleistet sei, sondern nur ein Zufuß auf die Kolporture. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag 2 mit großer Majorität abgelehnt. Auf Antrag des Herrn Kaude soll der Vorstand sich mit dem Verein der hamburgischen SetzungsKolporture in Betreff Uebernahme der Verbreitung des Fachorgans in Verbindung setzen. Dritter Antrag des Herrn Müller: „Der Vorsitzende wird verpflichtet, in den drei oder vier Wintermonaten mindestens alle vier Wochen eine Versammlung anzuberaumen, in der von irgend einer Person wissenschaftliche Vorträge gehalten werden. Hierzu ist auch den Frauen der Zutritt gestattet.“ Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag unter Ertheilung des letzten Schalles, da dazu die Erlaubniß seitens der Kolporture gehört, als Resolution angenommen. Wegen vorgerückter Zeit wurde hierauf die Fortsetzung der Versammlung auf den 23. Oktober vertragen und beschlossen, dann zunächst die Vorstandswahl vorzunehmen.

Danzig. Am 15. Oktober hielt der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Danzigs im Vereins-hause eine ziemlich gut besuchte Generalversammlung ab, in welcher Kollege Singen einen Vortrag über die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hielt. Im Laufe des Vortrages wies Redner auf die wichtige Rolle hin, welche das Fachorgan in der Bewegung spielt und forderte zu zahlreichem Abonnement auf dasselbe auf. Auch erläuterte der Referent den Zweck eines Referendums und beantragte die Gründung eines solchen. Die Versammlung stimmte diesem Antrage zu, worauf sofort der Verkauf von Karten vor sich ging. Ferner wurde beschlossen, ein Selbstüberzeugungs abzugeben und den Ueberschuß dem Kollegen Scherbard als Unterstützung zukommen zu lassen. Noch wurde auf Antrag des Kollegen Hüffe beschlossen, eine Vereinstafel anzuschaffen. Dann erfolgte Schluß der Versammlung, worauf 12 neue Mitgelieder dem Vereine beitraten.

Bielefeld. Am 12. Oktober fand im Saale des Herrn Bielefeld die diesjährige Generalversammlung des Fachvereins der Maurer und Steinhauer für Bielefeld und Umgegend statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Vorsitzende, Kollege Kappeler, den schwachen Besuch der Versammlung seitens der ortsanfässigen Kollegen, auch der Schriftführer sei wieder nicht anwesend, es müsse daher ein stellvertretender Schriftführer für diese Versammlung gewählt werden; als solcher wurde dann Kollege Ebning gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung

von diesem Jahr verlesen. Diefelbe ergab einen Kassenbestand von M. 145,60. Der Revisor, Kollege Schimlat, theilte mit, daß er die Kasse revidirt und Alles in Ordnung gefunden habe. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Kappe, erster, Winter, zweiter Vorsitzender; Schimlat, Kassier; Tönigs, Schriftführer; Platte, Farnack und Pommmer, Revisoren; dann wurde noch eine Geschäftskommission, bestehend aus den Kollegen Bornemann, Duhome, Oberthür und Bollmer, gewählt. Im 'Vertheilungen' theilte der Vorsitzende mit, daß eine Anzahl Mitglieder unter sich beschloffen hätte, sich gemeinschaftlich photographiren zu lassen und sei es wünschenswert, daß sich sämtliche anwesenden Mitglieder hieran beteiligten. Die Aufnahme würde gleich nach der Versammlung stattfinden. Da die Tagesordnung erledigt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Stolz.** Die zum 12. Oktober einberufenen regelmäßigen Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer von Stolz und Umgegend konnte wegen zu schwachen Besuchs die gestellte Tagesordnung nicht erledigen. Der Vorsitzende beschränkte sich darauf, die Anwesenheit der Mitglieder scharf zu tadeln und die Anwesenheit zu erwünschen, für zahlreiche Besuche der nächsten Versammlung zu sorgen, da außer der Beschlußfassung über die für den beginnenden Winter zu leistende Wanderunterstützung noch weitere wichtige Vereinsangelegenheiten zu berathen seien. Nachdem dann noch die Revision der Vereinsbücher stattgefunden hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Elle.** Am 18. Oktober fand im Vereinslokale die Hauptversammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer und Steinhauer statt. Zunächst wurde die Abrechnung vorgelesen und für richtig befunden. Dann wurde zur Vorstandsarbeit geschritten und folgende Herren gewählt: Baugeschäft, erster, H. Förster, zweiter Vorsitzender; W. Förster, Kassier; C. F. H. d. e. r. g., Stellvertreter; W. F. o. r. t. h. Schriftführer, Hr. E. l. l. e. Stellvertreter, und schließlich als Revisoren C. u. i. s. h. K. i. n. g. e. m. a. n. n. und G. u. l. i. g. e. Dann wurde noch beschlossen, daß die Abrechnung halbjährlich der Versammlung vorgelegt werden soll. Nach Erledigung mehrerer innerer Vereinsangelegenheiten wurde dann die Versammlung geschlossen.

**Stuttgart.** Am Montag, den 6. Oktober, fand eine Versammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer und Steinhauer statt, welche, den hiesigen Verhältnissen entsprechend, ziemlich zahlreich besucht war. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung: Einzahlung sowie Aufnahme neuer Mitglieder erledigt war, kam als zweiter Punkt die Regelung der Wanderunterstützung zur Sprache. Es wurde beschlossen, daß während der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März jedem durchreisenden Kollegen, der mindestens drei Monate einem Fachverein angehört hat und seinen Verpflichtungen prompt nachgekommen ist, 50 A. Wanderunterstützung gewährt werden soll. Diese Unterstützung erhalten auch das ganze Jahr hindurch solche Kollegen, welche aus einem Streitgebiet kommen. Unter 'Vertheilungen' wurde noch von mehreren Kollegen angeführt, wie sich die hiesigen Maurer und Steinhauer und besonders die Eingehenden mit Händen und Füßen gegen jede Organisation wehren und absolut nicht einsehen wollen, daß bloß durch eine kräftige Organisation dem Arbeiter heutzutage geholfen werden kann. Die Adresse des Vorsitzenden lautet: Carl A. K. n. a. t. e. r., Maurer, Böbingerstraße 135.

**Sarburg a. C.** Die diesjährige Hauptversammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer tagte hier am 10. Oktober. Zunächst warf der erste Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr, den er mit dem Wunsch schloß, der Verein möge sich auch fernerhin ausbilden und kräftigen. Sodann verlas der erste Kassier die Abrechnung für das vergangene Geschäftsjahr, welche von den Revisoren als richtig bestätigt wurde. Die alsdann vorgenommenen Vorstandswahl, ergab folgendes Resultat: G. e. b. e. n. s., erster, A. b. r. e. c. h. t., zweiter Vorsitzender; E. n. g. e. l. t. e., erster, S. t. e. i. n. h. o. f., zweiter Kassier; P. l. a. t. h., Schriftführer. Ferner wurden die Kollegen G. e. l. m. o. n. d. und J. ä. n. i. c. h. als Revisoren gewählt. Hierauf beschloß die Versammlung, dem ersten Kassier eine Entschädigung von M. 70 zu zahlen. Nach Erledigung mehrerer unwesentlicher Angelegenheiten wurde dann die Versammlung geschlossen.

**Sirchberg i. Schlef.** Am 7. Oktober tagte hier eine Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins, in welcher zunächst an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, der Krankheit halber sein Amt niedergelegt hat, Kollege W. Küffer als Vorsitzender gewählt wurde. Dann hielt Kollege Ziegert einen längeren Vortrag über den Zweck des Vereins, in welchem er besonders hervorhob, daß die Uneinigkeit unter den Mitgliedern schwinden müsse. Auch müßte energisch Demen entgegengetreten werden, die es sich zur Aufgabe machen, Verleumdungen gegen die an der Spitze des Vereins stehenden Personen zu verbreiten, selbst aber nicht das Bestreben für die Bewegung thun wollen. Bei dem verflochtenen Streif hätten gerade diese am lautesten auf Unterstützung gehopt, während sie erst bei Beginn desselben dem Verein beiträten. Solche Leute müßten radikallos bekämpft werden. — Hierauf wurde der § 4 des Statuts verlesen und erörtert, nach welchem Mitglieder, welche länger als 4 Wochen durch Krankheit arbeitsunfähig oder zum Militär einberufen werden, vom Beitrage während dieser Zeit befreit sind. Ferner beschloß die Versammlung, dem früheren Vorsitzenden K. o. j. e. m. a. n. n. in Anbetracht seiner langwierigen Krankheit eine Unterstützung von M. 15 zu gewähren. Mit der Abrechnung, trenn zum Verein zu halten und sich durch keinerlei Verpflichtungen für die Innungsbestrebungen über zu lassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Hensburg.** Zu der am 15. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins wurde zunächst an Stelle des von hier verzogenen bisherigen Schriftführers Kollege F. u. r. b. e. r.

als solcher gewählt. Dann wurde nach längerer Diskussion beschlossen, daß ortsanässige Mitglieder, welche Arbeitsmangels halber gezwungen sind, die Stadt zu verlassen, bei ihrer Rückkehr kein neues Eintrittsgeld zu zahlen brauchen. Ferner wurde beschloffen, auf Vereinskosten ein Bild der Delegirten zum 7. Märzkonferenz anzuschaffen. Auch wurde beschloffen, für den Kauf des Winters ebenso wie in den vorhergehenden Jahren Wanderunterstützung zu zahlen und zwar vom 1. November bis zum 15. März. Die Höhe der Unterstützung beträgt nach wie vor 50 A. an Winternächten und Neujahr M. 1 extra; dieselbe ist unter Vorzeigung genügender Legitimation in Empfang zu nehmen bei dem Mitgliede Aug. Schmidt, dessen Adresse auf der Herberge bekannt gegeben ist. Noch wurde beschloffen, auf eine vor Kurzem in der 'Nordb. Postzeitg.' enthaltene Notiz, welche geeignet war, die hiesigen Maurer in ein schlechtes Licht zu stellen, eine Erwiderung einzufenden. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte dann Schluß der Versammlung.

**Berlin.** Eine Generalversammlung der Freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend tagte am 5. Oktober im oberen Saale Beuthstraße 22. Der Vorsitzende machte zunächst darauf aufmerksam, daß er sowie der erste Kassier im April d. J. auf ein Jahr gewählt worden sei, daß jedoch alle sechs Monat einer dieser beiden Beamten aussteige; das Boos habe ihn getroffen, es müsse daher an seiner Stelle eine Neuwahl stattfinden. Von dem alsdann Vorge schlagenen wurde Herr Wernau gewählt und zu dessen Stellvertreter Herr Kerstan. Als erster Schriftführer wurde gewählt Herr W. K. o. l. l. i. s. dessen Stellvertreter Herr E. a. s. c. h. als Schriftführer für Ost: K. D. i. e. n. e. r. t., Melchiorstr. 36; für Süd: H. S. c. h. u. b. e. r. t., Hagelsbergerstraße 36, bei Müller; für West: F. P. i. n. t. o. s. k. i., K. u. l. m. i. t. r. 6, Hof, 4 Treppen; für Nord: W. D. o. r. c. h. a. r. d., Lübederstr. 11, Hof, bei Fung; als Revisor W. K. a. r. p. e. Dann nahm die Versammlung den Rechnungsbericht des Ausschusses entgegen und wählte hierauf die Kollegen P. e. g. e. l. e. r., Kreuzbergstr. 77 und G. J. ä. n. i. c. h., Mühlbergstr. 14, in denselben. Ferner wurde für den Stadtheil Moabit zur Entgegennahme der freiwilligen Beiträge Kollege W. i. t. t. e. gewählt; derselbe faßt des Sonnaabend bei P. o. l. z. b. ä. c. h. e. r., Rathenowstraße 89, Montags bei W. a. r. t. h., Gerichtstraße 19 und Sonntags in seiner Wohnung Straße 6, Nr. 2, 2 Treppen links. Als Türkontroleure für Centrum wurde die Herren P. f. e. i. l. und R. i. c. h. t. e. r. gewählt. Der vorgeladenen Zeit wegen erfolgte hierauf der Schluß der Versammlung.

**Berlin.** Eine öffentliche Versammlung der Bürger Berlins tagte am 12. Oktober in Arens's Brauerei unter dem Vorsitz des Kollegen A. D. ä. h. n. e. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Vertrauensmann, Kollege F. ö. f. e. r., den Kassenbericht vom dritten Quartal 1890; derselbe ergab eine Einnahme von M. 1802,13, eine Ausgabe von M. 1034,80, mithin einen Bestand am 30. September von M. 767,33. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der verlesenen Abrechnung bestätigt, wurde vom Vorsitzenden Namens der Versammlung dem Vertrauensmann Bedanke erstelt. Ueber die weitere Verwendung der vorhandenen und noch eingehenden Gelder entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, und wurde nach dem Antrag des Kollegen B. u. c. h. o. l. z. Deutschlands zu senden, wozu M. 200 zu Agitationszwecken zu verwenden sind. Zum zweiten Punkt: 'Organfrage', sprach zunächst Kollege F. r. ä. s. c. h. e., Delegirter zum hiesigen Kongress, derselbe rügte das Auftreten der Führer der Berliner Maurer, da dieselben die Beschlüsse des Kongresses mißachteten und nach wie vor für das 'Bereinstalt' agitirten; Beweis dafür sei, daß Berlin zur Zeit nur 26, sage und schreibe 26, Abonnenten des 'Grundstein' habe und forderete Redner, seines Verprechens auf dem Kongress eingedenk, zum Abonnement auf den 'Grundstein' als das alleinige Fachorgan auf, welcher Aufforderung auch 22 Kollegen sofort Folge leisteten. In gleicher Weise sprach Herr J. D. i. e. t. r. i. c. h., derselbe sagte an, daß die Hauptführer der Berliner Bewegung zu seige gewesen wären, ein Mandat anzunehmen, um frei und offen ihre Ansicht zu verlesen und es für ihre egoistischen Zwecke dienlicher hielten, hiezubleiben, um im Trüben zu sitzen. Daß die Herren abgewirksamsten haben, habe wohl die letzte Versammlung, vom 2. Oktober bei Lips bewiesen, wo doch die größten Jugimittel angepöndelt worden und trotzdem kaum 200 Personen erschienen seien, wo für 4000 Mann vorhanden war. Herr D. ä. h. n. e. führte an, daß es durchaus nicht von einem demokratischen Standpunkt zeuge, wenn man nahezu einmüthig gefasste Kongressbeschlüsse mit Füßen trete. Glaube denn Berlin eine Sonderstellung in der Maurerbewegung einnehmen zu dürfen, oder wäpnen die Leiter, die die Weisheit mit Büffeln gegessen zu haben? Ueber der Egoismus sei so tief eingewurzelt, daß ihnen der klare Blick längst abhanden gekommen sei; wenn sie es ehlich meinten, müßten sie längst eingesehen haben, daß sie nicht fähig seien, eine gewerkschaftliche Bewegung zu leiten. Herr G. r. o. t. h. m. a. n. n. verdrückte sich in längerer Rede über die Entstehung des 'Grundstein' und führte aus, daß die Hamburger sich zu Unrecht das Fachorgan angeeignet hätten; daß er nun keine Sympathie dafür habe, wäre wohl selbstverständlich. Das Fachorgan sei in Berlin Herr K. a. r. i. W. e. i. ß; seine Ausführungen gipfelten darin, daß man Niemandem vorschreiben könne, was er einsehen solle, das müsse Jedem überlassen bleiben. Also den Unbestand der Wäpnen zu wechen, hält somit Herr W. e. i. ß nicht für nöthig! Die Ausführungen der beiden letzten Redner wurden von den Herren B. u. c. h. o. l. z. und K. a. p. e. r. t. i. c. h. zur Genüge widerlegt und in einigen Punkten berichtigt. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde dann folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen: 'Die heutige öffentliche Versammlung der Bürger Berlins erklärt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu streben, daß das von den Kongressen der Maurer Deutschlands anerkannte

Fachorgan 'Der Grundstein' unter den Kollegen Berlins die größte Verbreitung findet, indem sie sich den Beschlüssen des Kongresses voll und ganz anschließt, da nur durch ein einmüthiges Zusammengehen aller deutschen Maurer die Verhältnisse im Maurergewerbe gebessert werden können.' — Der vorgeladene Zeit wegen wurden die anderen Punkte für die nächste Versammlung zurückgestellt und nur noch einem kranken Kollegen eine Unterstützung, von M. 50 bewilligt.

**Bremen.** Zu der am 1. Oktober abgehaltenen Versammlung des hiesigen Maurerfachvereins wurde zunächst über die Arbeitszeit in diesem Monat diskutiert, da bei den Innungsmeister meißens noch zehn Stunden, auf einigen Stellen 9 1/2 Stunden und schließlich auf anderen Plätzen am neun Stunden lang, wie es der Tarif vorschreibt, gearbeitet wird. Nach längerer Diskussion wurde beschloffen, augenblicklich keinen Druck auszuüben, es jedoch Jedem an's Herz zu legen, da wo es angeht, den Tarif hochzuhalten. Hierauf wurde mitgetheilt, daß schwarze Listen bei den Innungsmeistern im Umlauf sein sollen; eine solche sei einem Fachvereinsmitgliede vorgehalten mit der Aufforderung, dem Fachvereine fernzubleiben, widrigenfalls sein Name ebenfalls darauf gesetzt würde, wodurch er keine Arbeit bei einem Innungsmeister wieder erhalten würde. Diese Mitteilung erregte eine hitzige Debatte, worauf ein Antrag angenommen wurde, daß jedes Mitglied, welches nachweislich durch Aufführung seines Namens in der schwarzen Liste gemachregelt wird, sofort den Vorstand davon zu benachrichtigen hat, damit hiergegen gerichtlich vorgegangen werden kann. Zum Schluß wurden die hiesigen Tapezierergewerkschaften, welche im Abwehrstreik liegen, mit M. 50 unterstützt. — In der am 15. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde zunächst die Abrechnung über die Verbreitung des 'Grundstein' vorgelesen. Hierunter beträgt die Abonnentenzahl im öffentlichen Theile der Stadt 127, im westlichen Theile 82. Der Aufschuß vom Verein zur Verbreitung beträgt für den öffentlichen Theil M. 57, für den westlichen M. 36. Dann wurden zwei Revisoren gewählt, welche die Abrechnung für richtig erklärten. Hierauf wurde beschloffen, diejenigen Abonnenten, welche noch im Rückstande sind mit dem Abonnementstrag für das erste bis dritte Quartal, im 'Grundstein' zur Zahlung aufzufordern. Dann wurde beschloffen, einem Kollegen, der seit Gründung des Vereins als treues Mitglied zur allgemeinen Sache gestanden hat, zu seinem heutigen Feste der silbernen Hochzeit ein Glückwunschtelegramm zu übersenden. Dann erfolgte nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten der Schluß der Versammlung.

**Hilfeshörsburg a. C.** Am 17. Oktober tagte im Lokale des Herrn Rahnmann eine Mitgliederversammlung des hiesigen Fachvereins der Maurer unter dem Vorsitz des Herrn D. r. e. i. e. r. Zum ersten Punkt der Tagesordnung waren fünf Mitglieder eingeladen, um sich darüber zu verantworten, daß sie in Hamburg als Streikbrecher gearbeitet haben. Der erste derselben, Kollege S. c. h. r. d. e. r., erklärte, daß ihn die Noth dazu getrieben habe, weil er am Orte keine Arbeit erhalten konnte und seine Frau schon seit einem Jahre krank gelegen habe. Die Versammlung beschloß, hierauf Rücksicht zu nehmen und den Kollegen Schröder weiter als Mitglied anzuerkennen. Dagegen wurde das bisherige Mitglied G. S. t. ü. b. e. n. aus dem Vereine ausgeschlossen, da er keinen Grund für seinen Treubruch angeben konnte. Die drei Uebrigen waren unter Angabe verschiedener Gründe nicht erschienen; dieselben sollen nochmals zur nächsten Versammlung eingeladen werden. Dann referirten die Kollegen J. S. t. ä. d. e. n. und W. i. t. t. e. über die Bedeutung des Fachorgans der 'Grundstein' und über die Verpflichtung jedes organisirten Maurers, dieses von den Kongressen anerkannte Organ zu lesen und weiter zu verbreiten. Der letztgenannte Redner warf bei dieser Gelegenheit einen Rückblick auf das seinem Ende sich zuneigende Jahr und in demselben stattgehabten Kämpfe um das Koalitionsrecht der Arbeiter, welches die Kapitalisten unter allen Umständen vernichten wollen und wies darauf hin, daß es nun erst recht unsere Pflicht sei, die Organisation zu beschleunigen und nach allen Richtungen zu verbreiten, umso mehr, als durch den Fortfall des Sozialistengesetzes die Verböden nicht mehr so willkürlich mit den Versammlungsverböden herumzuwerfen können. Zum Schluß theilte Kollege B. u. c. h. o. l. z. mit, daß am 26. Oktober das Stiftungsfest des Vereins im S. u. h. r. s. c. h. e. n. Lokale stattfinden wird.

**Hilfeshörsburg.** Am 14. Oktober fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer von Hilfeshörsburg und Umgegend unter dem Vorsitz des Kollegen W. a. r. t. h. e. l. s. statt. Nachdem die Aufnahme von sieben neuen Mitgliedern stattgefunden hatte, berichtete Kollege W. o. t. h. e., daß unter den in voriger Versammlung beschlossenen Bedingungen kein Solat zur Abhaltung des Stiftungsfestes zu erhalten sei. Die Versammlung beschloß darauf, von der Feier eines solchen Festes Abstand zu nehmen. Dann verlas der Kassier den Kassenbericht pro Monat September, welcher einen Kassenbestand von M. 98,21 ergab. Hierauf hielt Kollege B. u. c. h. o. l. z. einen Vortrag über die Einwirkung der Maschine und des Kapitals auf das Handwerk, an dessen Schluß er den Anwesenden dringend an's Herz legte, sich eifriger als bisher an den Vereinsbestrebungen zu beteiligen und für die Verbreitung der Prinzipien einzutreten, damit wir den Unternehmern, die sich durch ganz Deutschland organisiren, einen festen Damm entgegenzusetzen können. Dann wurde beschloffen, vom 1. Dezember bis 1. März eine Unterstützung von 50 A. an wandernde Kollegen zu zahlen, an den Feiertagen das Doppelte. Die Unterstützung wird vom Kassier G. ä. h., F. r. ä. s. c. h. e. n. w. a. l. l. e. r. s. t. r. a. ß. e. 190, 2. Etage, ausgezahlt. Nach Erledigung einiger Fragen erfolgte dann Schluß der Versammlung.

Nach Schluß der Debatte dieser Nummer gingen ein die Berichte aus Eberfeld, Hildesburg und Chemnitz.

**Gerichts-Chronik.**

**\* Ist Werkstattperrre großer Unlug?** Am 8. Mai beschloß eine öffentliche Tischlerversammlung in Brandenburg a. d. S. die Sperre über die Tischlerwerkstätte der Tischlermeister Weyßbach & Barthelmeus. Hierin sah die Königl. Staatsanwaltschaft einen großen Unlug und erhob deswegen gegen den Tischler Garadt, den Vorsitzenden jener Versammlung, und den früheren Redakteur Wankelmuß, welcher den Bericht über diese Versammlung veröffentlicht hat, die Anklage. Der Anklawalt betonte in der Verhandlung, daß infolge des Vorgehens der Arbeiter am 1. Mai die Öffentlichkeit sehr benachteiligt war und dieses durch den Sperrebeschluß noch mehr gesteigert wurde. Er beantragte eine Woche Haft gegen jeden der Angeklagten. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Freudenthal-Berlin, führte Folgendes aus: Die Rede des Herrn Staatsanwalts erinnere an die Begriffsbestimmung, welche das frühere Bismarck-Blatt der „Kladderadatsch“ gegeben. Diese sagt nämlich dahin: „Was man nicht definieren kann, sieht man als großen Unlug an!“ Die rechtliche Definition des großen Unlugs liegt darin, daß die öffentliche Ordnung des Publikums und nicht einzelner Personen gekränkt würde. Dieses trifft hier nicht zu, da die Sperre sich nur gegen bestimmte Tischlermeister richtete. Im Uebrigen wäre im vorliegenden Falle von einer Verletzung des § 152 der Gewerbeordnung Gebrauch gemacht und wenn bei einer bestimmten Handlung eine Verletzung zur Seite steht, der kann einen Unlug nicht begeben. Aus diesen Gründen beantragte der Verteidiger die Freisprechung, auf welche der Gerichtshof erkannte, indem er den Haftbefehl des großen Unlugs nicht als vorliegend erachtete.

**An die Lippe'schen Ziegeleiarbeiter.**

Kollegen! Trotzlos wie nirgends auf einem Gebiete der Industrie ist unsere Lage, und nirgends, so scheint es fast, bietet sich uns ein Ausweg zur Besserung unserer Bedrängniß. Schwere Arbeit, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, drückende Konturrenz der billigeren Preisen und Kinderarbeit, einseitige, zum Vortheil unserer Arbeitgeber verfaßte Kontrakte, daß die Nachteile eines ausbeuterischen Systems sind die Uebelstände, welchen wir, wohin wir immer gehen, ausgesetzt sind. Noch aber scheinen viele von uns nicht zu wissen, wie wir uns dem entziehen könnten, denn noch steht ein großer Theil rath- und thätlos abseits und sieht mit verhängten Armen der stetigen Verschlechterung unserer Verhältnisse zu. Sollte uns das Beispiel anderer Arbeiter aber nicht die Bahn zeigen, auf der wir unsere Lage verbessern können? Sehen wir nicht, wie sie sich in großen Scharen zusammenzuschließen, um gemeinsam bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen?

Wahnen sie uns nicht ebenfalls, daß wir unser Recht, welches uns in dem § 152 der Reichs-Gewerbeordnung gewährleistet wird, wahrnehmen und uns ebenfalls vereinigen? Nur so werden wir unsere Interessen wirksam vertreten sehen.

Aber nicht allein genügt es in allen Orten, wo sich Ziegler befinden, lokale Vereinigungen zu gründen, sondern es ist sogar nothwendig, daß alle diese in einen einzigen Bund zusammengefaßt werden.

Ein solcher aber besteht bereits in dem „Verband der deutschen Ziegeleiarbeiter“ (Sitz Werder a. d. Havel). Dieser ist bisher stets bestrebt gewesen, in obigem Sinne zu wirken, und nur an uns liegt es, ihn zu unterstützen und in seinen Bestrebungen zu fördern. Darum, Ihr Lippe-Kollegen, laßt uns Alle ein Banner scharren und tretet ein in den „Verband der deutschen Ziegeleiarbeiter“, verhäkelt unsere Reihnen und der Sieg wird nicht ausbleiben!

Mit kollegialischem Gruß

Mehrere Lippe Ziegler.

Anfragen sind zu richten an A. Heimlich

Werder a. d. Havel, Gaußstr. 115.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck erucht.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.**

**Bekanntmachung.**

Den örtlichen Verwaltungen sowie den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die auf Grund der Beschlüsse der vom 23. bis 28. Juni d. J. stattgehabten obersten Generalversammlung eintretenden Statutenänderungen vom Bezirksauschuß genehmigt sind und mit dem 1. November d. J. als Nachtrag I. zum Statut in Kraft treten werden.

Indem der Verband des Nachtrages zum Statut schon im Laufe dieser Woche erfolgen wird, ersuchen wir die örtlichen Verwaltungen, dieselben baldmöglichst an die Mitglieder auszuhandigen; ebenfalls ist es Pflicht der Mitglieder, dafür zu sorgen, daß sie in dem Besitz des Nachtrages gelangen.

Gemäß § 49 des Nachtrages zum Statut, wonach „alle auf die Kasse bezüglichen öffentlichen Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen vom Vorstande den Mitgliedern durch ein von der Generalversammlung zu bestimmendes öffentliches Blatt bekannt gemacht werden, ist von jeder Nummer desselben sämtliche örtlichen Verwaltungen je ein Exemplar zuzustellen, worauf die Bekanntmachungen usw. den Mitgliedern zur weiteren Kenntniß zu bringen sind.“

Die Generalversammlung hat laut Beschluß das in Hamburg erscheinende Organ der Maurer Deutschlands „Der Grundstein“ als Publikationsorgan anerkannt und wird den örtlichen Verwaltungen von der Expedition des „Grundstein“ fortan von jeder Nummer ein Exemplar zugestellt werden.

Im Falle die Zustellung des Publikationsorgans „Der Grundstein“ nicht regelmäßig erfolgen sollte, sind etwaige Beschwerden an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Die örtlichen Verwaltungen sind dagegen verpflichtet, jede Veränderung der Adresse resp. jede Veränderung in der Verwaltung sowohl dem Vorstande als auch der Expedition des „Grundstein“ sofort anzuzeigen, damit nicht etwa wegen unrichtiger Adressen Beschwerden erhoben werden.

Alle auf die Kasse bezüglichen Bekanntmachungen von Seiten der örtlichen Verwaltungen (wovon Versammlungs-Anzeigen ausgeschlossen sind) müssen spätestens bis Freitag Abend jeder Woche in Händen des Vorstandes sein, damit letzterer dieselben der Redaktion des „Grundstein“ rechtzeitig aufstellen kann.

**Bekanntmachungen seitens örtlicher Verwaltungenstellen, welche direkt an die Redaktion des Fachorgans eingeleitet werden, müssen als Annoncen bezahlt werden.**

Soll diese praktische Einföhrung ihren Zweck erfüllen, so ist es Pflicht der örtlichen Verwaltungen, die Bekanntmachungen des Vorstandes aufmerksam zu verfolgen und darnach zu handeln.

Z. A.: W. Themar, Vorsitzender.

**Briefkasten.**

Die geehrten Einzelabonnenten unseres Blattes werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß den Abonnementbedingungen gemäß der Betrag für das vierte Quartal d. J. vor Empfang der nächsten Nummer bezahlt sein muß, widrigenfalls die weitere Zusendung des Blattes aufhört. Auch erlauben wir die geehrten Verbeirer, welche sich noch mit ihren Abonnementbeträgen im Rückstand befinden, um schlenige Einlösung derselben. Sind die Rückstände für das zweite Quartal nicht bis spätestens den 15. November beglichen, dann haben sich die Restanten die dann folgenden Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben.

**Die Expedition des „Grundstein“.**

**Hamburg, G.** Als Ihr Brief in unsere Hände gelangte, befand sich die Nr. 42 schon in der Presse. Wie oft sollen wir denn wiederholen, daß der Redaktionschluß für die laufende Nummer am Montag Abend statt finden muß.

**Bosen, J.** Es verbleibt ein Rest von 30 A. Groß-Sirchberg, S. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Berichte mit b 11er Adressen an g a b e unterzeichnet werden müssen.

**Berlin, N.** Es thut uns leid, Ihrem Wunsche nicht nachkommen zu können. Wirtschaftsannoncen werden grundsätzlich nicht aufgenommen.

**Bahna, B.** Verzichtes Belieid zu dem schweren Verdachte.

**Berlin, F.** Wir mußten 20 A. Straporto für Ihren Brief zahlen.

**Anzeigen.**

**Zu allgemeiner Beachtung.**

Vom 1. November ab befindet sich meine Wohnung:

Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, 3te Etage.

F. Wilbrandt,

Kassirer der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.**

(Eingetr. Hilfskasse Nr. 7. Sitz: Altona.)

In der Zeit vom 5. bis 11. Oktober sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltungsstelle in Hamburg M. 1200, Fankbach 50, Alt-Ostende 120, Alt-Wartbau 64.10, Dranienburg 200, Altona 150, Westfendorfer 100, Pölsdau 102, Westfendle 90, Segeberg 50, Westf. 80, Wiesenburg 94.25, Jordan Kardies 80, Braunschweig 400, Frankfurt a. M. 150, Duisburg-Gochfeld 120, Wandsbek 80, Frankfurt 50, Seyda 100, Hannover 300, Hildesheim 52.75, Wörsen 51.50, Lübeck 100, Neu-Bangow 63.45, Gohjurt 60, Plauen i. Vogell. 80, Spandau 140, Zwenkau 53.67, Brestau 800, Ziegelhoe 251.40, Potsdam 150, Schinkel 24.70, Crefeld 100, Neu-Brandenburg 50, Stammheim 80, Bherau 100, Fischbach 73.68, Pfinghausen 50, Pippoldsweiser 130, Ditzgen 301.70, Eppendorf 400, Reinhardt 6, Neumünster 100, Cappel 80, Bückeburg 50, Matzlin 50, Glückhald 60, Gaken 75, Elmshorn 50, Eck 180, Heubach 100, Gieshüh 75, Harburg 300, Wiedrich 70, Bergedorf 100, Emma 6 7489.20.

Zuschüsse erhielten: Die örtliche Verwaltung in Birna M. 300, Jüterburg 50, Dresden-Striesen 75, Barthaufen 90. Summa M. 515.

Altona, den 18. Oktober 1890.

G. Reiß, Hauptkassirer, Friedrichsbadstraße Nr. 28, Haus 7.

**Fachverein der Maurer in Kiel.**

**Mitglieder-Verammlung am Donnerstag, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“.**

Agendordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Unser Herbstüberlegen. 3. Berichtsbened. Die Mitglieder-Verammlungen finden von da ab regelmäßig alle 14 Tage statt. Aufnahme neuer Mitglieder in jeder Verammlung. Um zahlreiches Erscheinen bittet [M. 1.65.] Der Vorstand.

**Krankenkasse der Maurerinnung.**

Der Kassirer A. Andreeen wohnt jetzt Ecke der Alten Reihe und Bierträgergang Nr. 2, 2. Et., Maurerherberge [M. 0.90.]

**Der Fachverein der Maurer von Wilhelmsburg** feiert am 26. Oktober sein erstes Stiftungsfest im Sühr'schen Lokale durch einen Ball, verbunden mit sonstigen Vorträgen. Hierzu laden wir alle Freunde und Bekannten von Nahe und Fern freundlichst ein. [M. 1.05.] Das Festomitee.

**Zur gefälligen Beachtung!**

Den geehrten Lesern des „Grundstein“ in Hamburg und Umgegend empfiehlt sich der Unterzeichnete zur Anfertigung aller vorkommenden Buchbinderarbeiten. Saubere Ausführung und prompte Befragung garantiert. Achtungsvoll.

G. Kaumann, [M. 1.35.] St. Georg, Weichstr. 4a, 1. Et.

**Für München.**

Abonnements auf den „Grundstein“ werden entgegengenommen und prompt expedirt von M. de Origuis, Stolporteur für „Münchener Post“ und sämtliche Arbeiterliteratur. München, Neuere Birkenan 3, 2. Et.

**Die Buch- und Kolportage-Handlung** von Altona Bürgerstr. 70 J. Ludwig Bürgerstr. 70 im Läden empfiehlt sich hiermit den Arbeitern, besonders den Maurern in Altona-Ottensen, zur geeigneten Beachtung.

Vorrätig sind: Das Protokoll des siebenten deutschen Maurerkongresses ..... M. — 25 Neue Welt-Kalender pro 1891 ..... — 50 Gruppenbild der sozialdemokratischen Fraktion ..... — 75 Risiko, Die deutschen Vereinsgesetze ..... 1.80 sowie sämtliche im Verlage von J. F. W. Diez erschienenen Werke. Bestellungen auf das „Hamburger Echo“ und sämtliche Arbeiterzeitungen, sowie auf die Tagesblätter, werden jederzeit entgegengenommen und prompt erlegt.

Verwand nach Auswärts nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages nebst Portovergütung.

J. Ludwig, Altona, Bürgerstraße 70, im Läden.

**Literarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Diez Verlag) ist soeben das 3. Heft des 9. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Aus der Naturgeschichte der Ebsellen und Westeln. Von Reinhold Neegg. — Herr Sartorius von Waltershausen über den modernen Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Für und wider den Alkohol. Von Dr. Max Hyslo. — Literarisches Rundschau: Dr. Friedrich Morgenstern, Die Fürstliche Metallschlageret. — Maurice Reinhold von Stern, Höhenrauch. — Notizen: Die Kohlengräber in Frankreich. — Die Eisenbahnen der Vereinigten Staaten. — Die Abnahme der Verbrechen. — Feuilleton: Epitäre. Soziale Studie von Minna Kautsky. (Fortsetzung.) — Die Schwelle. Von J. S. Turgenjew.

**Abonnements-Drittung.**

Für das zweite Quartal 1890: Frankfurt a. D. (Rest) M. 14.60.

Für das dritte Quartal 1890: Rostock, N. (Rest) M. 30 70; Goslar, W. (1. Rate) 7; Neuzelle, S. 9; Gernitz, R. 45.50; Braunschweig, B. (1. Rate) 25; Bosen, F. 19.20; Wilhelmsbaven, S. (1. Rate) 60.25; Frankfurt a. D. (1. Rate) 15.40.

Für das vierte Quartal 1890: Osterwed, S. M. 3; Culin, R. 7; Hiltbergen, N. 1.40; Hberburg, S. 1.40; Allenstein, F. 1; Ditterndorf, F. 2.40; Bosen, F. 14.10; Nauen, W. 6; Goldberg, R. 2.80; Küstrin, S. 6; Möllin, R. 3; Annaburg, F. 1.40; Sulum, S. 5; Satow, S. 1.40; Neumünster, W. (2. Rate) 21.10; Bahna, B. 4.

Für das 1. Quartal 1891: Neumünster, W. M. 0.10. J. Stating.

**Fachverein der Maurer in Lüneburg.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Versammlungen von der am 25. d. M. stattfindenden Versammlung ab um 8 Uhr Abends beginnen.

NB. Die Kollegen werden dringend ersucht, zur oben angeführten Versammlung zahlreich zu erscheinen. [M. 1.20.] Der Vorstand.

Druck von J. F. W. Diez, Hamburg.